Nr. 2 — Jahrgang 13 Einzelnummer 0,20 Zl. Dienstag, den 3. Januar 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 1. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Neujahrsempfang beim Staatspräsidenten

Empfang des diplomatischen Korps — Kardinal Kakowski gratuliert

Warschau. Auf dem Königlichen Schloß vollzog, wie alljährlich, der Staatspräsident den Neujahrsempfang des diplomatischen Korps gegen 10 Uhr morgens. Vorher hatte der Kardinal **Kakowski** dem Staatspräsidenten und dem Ministerpräsidenten die Neujahrswünsche der katholischen Kirche Polens überbracht. In Gemeinschaft mit Pilsudski und dem Chef des diplomatischen Korps empfing dann der Staatspräsident die in Warschau akkreditierten Vertreter ausländischer Mächte, wobei der französische Gesandte als erster seine Neujahrswünsche vortrug. Alsdann folgten die anderen Diplomaten, die sich später besonders lebhaft mit dem Ministerpräsidenten unterhielten. Nach einer kurzen Ansprache des Staatspräsidenten an die ausländischen Vertreter in Warschau, begab sich der Staatspräsident in Gegenwart des Ministerpräsidenten und einiger Kabinettsmitglieder in die Räume des Schlosses, wo mit Neujahrsgratulationen die Vertreter der Geistlichkeit, der Gerichtsbehörden und der Militärverwalung empfangen wurden, dem sich noch der Empfang ziviler Kreise anschloß.

Janusz Radziwill Botschafter in Berlin?

Warschau. Polnische Rechtsblätter bringen die Nachricht, daß Fürst Janusz **Radziwill** zum polnischen Vertreter in Berlin ernannt werden soll. In diesem Zusammenhang sollen auch die bisherigen **Gesandtschaften** der Staaten in den Rang von **Botschaften** erhoben werden. Fürst Janusz Radziwill wurde schon wiederholt zur Berufung auf einen hohen Diplomatenposten erwähnt, doch wurde damals **Rumänien** genannt, später auch Berlin. Radziwill ist ein besonderer Vertrauter Pilsudskis, der auch den Ausgleich zwischen Großgrundbesitz und den Trägern des Maiumsturzes vermittelt und herbeigeführt hat. Die Umwandlungen der Gesandtschaften in Botschaften dürfte noch einige Zeit auf sich warten lassen, doch liegt es im Bestreben der polnischen Regierung, Polen als **Großmacht** bei seinem westlichen Nachbarn durchzusetzen.

Briand über die europäische Lage

Berlin. Wie ein Morgenblatt aus London meldet, hatte der Pariser Korrespondent der „Sunday Times“ ein Interview mit **Briand**. In diesem erklärte der französische Außenminister, daß Frankreich über die italienischen Verträge mit Rumänien und Ungarn weiter **nicht** beunruhigt gewesen sei. Wenn Italien seine ursprüngliche eigene Anregung, den französisch-jugoslawischen Vertrag nicht zu unterzeichnen, wieder zurückgezogen habe, so sei dies nicht Frankreichs Schuld gewesen. Die albanische Unabhängigkeit die international festgelegt worden sei, müsse erhalten bleiben. Frankreich besitze, wie Italien, normale diplomatische Beziehungen. Nachdem noch Briand ein Balkan-Locarno angedeutet hatte und die Bedeutung der französisch-amerikanischen Paktverhandlungen unterstrichen hatte, kam er zum Schluß auf die deutsch-französische Annäherung zu sprechen. Für ihn gebe es nur **eine** Alternative. Entweder die Locarnopolitik fortzusetzen oder eine unweigerlich zum Kriege führende Rüstungspolitik zu treiben. Die Garantie für die Rheingrenze habe der Locarnovertrag gebracht. Die Grenze werde auch nach der Räumung durch die Entmilitarisierung der Rheinlande und die Völkerbundskontrolle geschützt bleiben.

Abrüstung und Revision der Friedensverträge

London. Das Jahr 1927 bezeichnet **Garvin** in einem längeren Rück- und Ausblick im „Observer“ als das Jahr der verpaßten Gelegenheiten, innenpolitisch in erster Linie vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus. Außenpolitisch sei der Fehlschlag der Genfer Flottenabrüstungskonferenz der schwerste Fehler einer britischen Regierung seit Jahrzehnten gewesen. Die Freundschaft mit Amerika müsse das erste Ziel der britischen Außenpolitik sein und Genf sei wieder gutzumachen, wenn die britische Regierung fortfahre auf amerikanische Flottenbauten durch weitere britische Einschränkungen zu antworten. Diese Flottenreduzierung auf britischer Seite sei aber nach Garvin auf der Maßnahme für die Aussichten einer allgemeinen Abrüstung. Auch der positiven Seite der letzten Jahresbilanz verzeichnet Garvin den überraschenden und fast unglaublichen Fortschritt Deutschlands der in mehr als einer Hinsicht ein leuchtendes Beispiel für England sei. Ohne Verminderung der Rüstungen gebe es keine Steigerung der Sicherheit, ohne Revision des Versailler Vertrages keine ausreichende Sicherheit. Aber im Augenblick betrachtet Frankreich jede mögliche Vertragsrevision als eine Sicherheitsverminderung. Die Rheinlandbesatzung belaste die europäische Politik die Zukunft des Dawesplanes bleibe ungewiß. Ohne eine vollständige Verständigung zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland könne es keine dauerhafte Regelung in Europa auf der Basis eines gesicherten Friedens geben. Garvin schließt damit, es bestehe guter Grund für die Annahme, daß das Jahr 1928 ein Jahr der Prosperität und der Förderung der allgemeinen Verständigung werde. Voraussetzung hierfür sei aber, daß die Fehler des Jahres 1927 nicht wiederholt werden und daß auf allen Seiten der Wille zur Verständigung und zum Ausgleich vorherrsche.

Friedensrevision muß möglich sein

Paris. Im „**Populaire**“ schreibt Zyromski über die Frage der Friedensrevision. Er fragt: Kann man etwa leugnen, daß die 1919 von den verschiedenen französischen Regierungen — gleichviel ob nationaler Block, Kartell der Linken oder nationale Einigung — abgeschlossenen **Sonderabkommen** mit der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Südslawien zum wesentlichen Gedanken die Gruppierung dieser Staaten um Frankreich mit dem Ziel **gemeinsamer Garantierung** der absoluten Unantastbarkeit ihres territorialen und politischen Status gehabt haben? Was bedeutet also, daß die in Artikel 19 des Völkerbundsstatuts vorgesehene Prozedur zur **friedlichen Revision der Verträge** von vornherein durch das Einverständnis der Staaten **verriegelt** worden ist, die die genannten Sonderabkommen unterzeichnet haben?

Scharfe Kampfansage in Rumänien

Bukarest. In einer Sitzung des Bezirksrates der nationalen Bauernpartei von Kimpolung erklärte der Vizepräsident der nationalen Bauernpartei, Michalski, u. a. daß man am Vorabend des Entscheidungskampfes stehe. Für die nationale Bauernpartei habe die Regierung keine Berechtigung mehr, da König Ferdinand, nach dessen Willen Joel Bratianu die Regierung übernommen habe, nicht mehr lebe. Der Regentschaftsrat könne seinen persönlichen Willen dem Lande nicht aufoktroyieren. Auf die Diktatur zu sprechen kommend, führte Michalake u. a. aus: Im Jahre 1922, als die Liberalen zur Macht gelangt seien, hätten sich viele gesagt, die Liberalen seien nicht ehrlich und nicht populär, aber sie hätten Verbindungen zu politischen und finanziellen Kreisen des Auslandes und würden eine Konsolidierung herbeiführen können, weswegen man ihre Diktatur ertragen müsse. Nunmehr nach 5 Jahren hätten die Liberalen fast ihre gesamte Autorität verloren. Wenn die Auffassung einer Regierung sich als falsch herausstelle, so könne sie nicht einmal 24 Stunden am Staatsruder bleiben. Die finanziellen Versprechungen Vintill Bratianus würden von ihm selbst nicht gehalten. Zusammenfassend erklärte der Redner, daß der Regierung die Grundlage entzogen sei. Die Regierung könne heute keine Unterstützung mehr vom Regentschaftsrat verlangen. Keine soziale Klasse, nicht einmal die Bankiers, gewährten der Regierung Vertrauen. Es sei ausgeschlossen, daß die Liberalen im Kampfe der nationalen Bauernpartei standhalten würden. Diese Erklärung hat in Regierungskreisen großes Aufsehen erregt.

Mussolini prophezeit

Berlin. Wie ein Berliner Blatt aus London meldet, veröffentlicht „Sunday Cronicle“ eine **Neujahrserklärung** Mussolinis, in der dieser für das Jahr 1928 große politische Veränderungen voraussagt. Die Welt werde das durch den Krieg verloren gegangene **moralische Gleichgewicht** wiederfinden und zwischen den Völkern werde eine Verlängerung zustandekommen, wie nie zuvor.

„Petroleum“

Belgrad. Der Untersuchungsrichter des Belgrader Gerichtshofes hat infolge der Anklage der Staatsanwaltschaft die Belgrader Filiale der Standard-Oil-Company wegen **falscher Bilanzaufstellung**, falscher Steuerangabe und falscher Angabe des eingezahlten Aktienkapitals unter Anklage gestellt. Die Klage hat in allen wirtschaftlichen und industriellen Kreisen Belgrads **große Sensation** hervorgerufen, zumal die Verwaltung und Aufsichtsräte angesehene Industrielle sind.

Presse und Wahlkampf

In wenigen Tagen wird der Wahlkampf in voller Stärke einsetzen. Sein Ausgang ist zwar für alle Parteien ungewiß, aber letzten Endes ist er eine Machtprobe zur Beeinflussung der Wählermassen. In dieser Beeinflussung spielt die Presse die ausschaggebende Rolle. Auf die Bedeutung der Presse gerade für die Arbeiterklasse ist an dieser Stelle schon oft genug hingewiesen worden, wenn es auch die Gewerkschaftler und Parteigenossen noch immer nicht verstanden haben, gerade in ihrem Organ den maßgebenden Einfluß in den Arbeiterfamilien zu sichern. Und wenn uns nicht ein ausschlaggebender Erfolg bei den Wahlen beschieden sein wird, so nur deshalb, weil es die breiten Massen immer noch vorziehen, die bürgerliche Presse in ihrem Haushalt aufzunehmen, während das Arbeiterblatt gemieden wird, weil es zu wenig Papier bringt, weil es nicht alle Klatsch- und Mordgeschichten in der spießbürgerlichen Aufmachung den Frauen servieren kann. Unsere Presse arbeitet bewußt darauf hinaus, selbst bei der kleinsten Nachricht dem Leser zu zeigen, daß uns vom heutigen Staat und der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein großer Raum trennt und wir darauf hinzielen, einen neuen, sozialistischen Staat zu schaffen, in dem Raum genug für jeden Arbeiter und gesicherte Lebensbedingungen bestehen.

Die heutige bürgerliche Presse ist Vertreter sogenannter demokratischer Ideale, soweit sie kirchlichen und kapitalistischen Interessen entsprechen und solange man die Kosten auf die Schultern der Arbeiterklasse abwälzen kann. Bei hunderten von Gelegenheiten haben wir dieses Schauspiel gesehen und beobachten es auch heute noch. Man ist den Arbeitern sehr ideal gesinnt, wenn man sie als Stimmvieh benötigt, aber wenn nach den Wahlversprechungen Taten folgen sollen, da sieht man die Vertreter des deutschen Bürgertums zum Beispiel in den Kommunalverbänden Hand in Hand mit den polnischen bürgerlichen Vertretern ihre Interessen wahren, und wo sie sich von den polnischen Bürgerlichen unterscheiden, dann nicht aus nationaler Ueberzeugung, sondern aus kleinlichem eigenen Interessenkreis. Leider bekommt die Mehrheit des Deutschtums nur die gefärbten bürgerlichen Berichte in der Presse zu lesen und glaubt, daß es irgend wie national verliert, hingegen wird es nur betrogen, wie an hunderten von Beispielen bewiesen werden kann. Wir sehen ja in einer Reihe von Ortschaften in den Kommunen deutsch-bürgerliche Mehrheiten und man frage einmal, was sie bereits im Interesse ihrer deutschen Arbeiterwähler beschlossen haben, in Kattowitz waren sie es ja, die sich direkt gegen eine Gewährung von Sonderunterstützung an Arbeitslose gewendet haben; aber für das Theater, in welches nur wenig Arbeiter hineinkommen, da war man bereit, gleich Hunderttausende zu bewilligen. Wir wollen nun nicht etwa sagen, daß eine Subvention des Theaters unnötig wäre, aber näher wie das Theater liegen uns die deutschen Arbeitslosen, für die nirgends die bürgerlichen Parteien ein offenes Herz gefunden haben. Und diejenigen Arbeiter, die da glauben, daß durch die Wahl deutscher Bürgerlicher in die kommenden Parlamente etwas geschaffen wird, die brauchen nur nachzufragen, welches die Erfolge der fünf deutschen Bürgerlichen während der fünf Jahre waren und wo sie praktisch in Warschau in Erscheinung getreten sind.

Was zur Verteidigung des Deutschtums gesagt werden mußte, haben nicht etwa die Rosumek, Wiedasch, Franz, Krajczierski und Piesch getan, sondern es waren die deutschen Sozialisten Kronig, Pankratz und Zerbe, die dort das Wort führten. Und als die Sozialisten nun eine entsprechende Vertretung im kommenden Parlament forderten, da war man schnell bei der Hand, in Bielitzer deutschen Blättern die Behauptung aufzustellen, daß wir nur Mandate erpressen wollen. Nun, wir haben dem Bürgertum freie Hand gelassen, weder ihre deutsche Ueberzeugung, noch ihre katholische Einstellung soll durch unseren Internationalismus belastet werden. Und unser Internationalismus reicht noch soweit, um deutschnationale Belange besser und freier verteidigen zu können, ohne das Odium deutschnationalistischer Einstellung durch ein Zusammengehen mit den Ulitz und Dr. Pant auf uns zu laden. In diesem Kampf werden wir uns nicht hinter die Gemischte Kommission des Herrn Calonder verstecken, auch nicht hinter die Genfer Konvention und noch weniger unter Anrufung auf die göttliche Gerechtigkeit, sondern den offenen Kampf führen gegen jegliche Unterdrückung, pochend auf das Gerechtigkeitsgefühl der breiten Arbeitermassen deutscher und polnischer Zunge, die in unserer Wojewodschaft die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Wir unterstreichen diese Tatsachen, weil sie in unserem Wahlaufruf nicht ganz zur Geltung kamen.

Es war notwendig, auf die Bedeutung der Presse im Wahlkampf hinzuweisen. Wir werden ihn mit aller sachlichen Schärfe führen und nach Möglichkeit persönliche Angriffe ausschalten und wo sie uns von der bürgerlichen Presse aufgezwungen werden, werden wir sie zu parieren wissen. Bei dieser Gelegenheit müssen wir uns mit aller Entschiedenheit gegen alle Unterschiebungen wenden, die man jetzt noch nicht in der Presse zu diskutieren wagt, aber als Gerüchte verbreitet, daß wir durch unser Wahlbündnis irgendwie an die polnisch-sozialistische Partei gebunden sind. Der Beschluß ist aus freien Stücken aus sozialistischer Einstellung erfolgt, gemäß unserem Parteitagsbeschluß von 1922, der das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien ablehnt. Wir konnten die Kräfte nicht abschätzen und waren der Ansicht, daß nach den bisherigen Erfahrungen eine polnische Einheitsfront gebildet wird, in die man auch die P. P. S. einbeziehen wird. Nachdem die P. P. S. sich nicht gebunden hat, sondern ihre pro-

letarische Pflicht im sozialistischen Sinne erfüllt, wäre es ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung, wenn die deutschen Sozialisten sich dem bürgerlichen Minderheitsblock angeschlossen hätten. Wir kennen die Schwächen, die sich herausbilden, wenn man Blockbildungen eingeht. Aber einmal muß die proletarische Einheitsfront praktisch erprobt werden und ihr Erfolg wird sicher sein, wenn wir auch die Massen für diesen Gedanken gewinnen. Unsere Aufgabe aber ist es, in erster Linie den deutschen Arbeiter und Beamten über seine Zukunft und seine Pflichten im Wahlkampf aufzuklären.

Die „Kattowitzer Zeitung" und der „Oberschlesische Kurier" nehmen nun das Deutschtum für sich in Anspruch. Es mag sein, da sie sich vornehmlich bezüglich des Deutschtums von uns Sozialisten durch Falschmeldungen unterscheiden. Aber war ihre deutsche Gesinnung immer so einwandfrei, wie man es heut vorzutäuschen beliebt? Eine kleine Erinnerung ist darum notwendig. Als die Revolution ausbrach, da war die „urteutsche" hakatistische „Kattowitzer Zeitung" bereit, sich in den Dienst der Arbeiter- und Soldatenräte zu stellen, die man tags zuvor mit Rücksicht auf die Kieler Vorgänge als Banditen bezeichnet hatte. Ja, man stellte sich eben auf den Boden der Tatsachen und war dann stramm deutschnational, als es um die Wahlen zur Nationalversammlung ging. Heute nimmt man gern Sozialisten in den Redaktionsstab auf, wenn sie nur bereit sind, das sogenannte Deutschtum zu verteidigen. Der „teutscheste" aller Deutschen, Herr Siwinna, war aber nach der Teilung Oberschlesiens gern bereit, sein Blatt an ein polnisches Konsortium zu verkaufen, wenn nur seine Geldsackinteressen gewahrt worden wären. Dann ging das Blatt in die Hand echt deutscher Männer über, die nur nicht Mut genug aufbrachten, es auch zuzugestehen Man subventioniert auf Umwegen, preist das Deutschtum und schließt sich im Wirtschaftsmanifest der Pilsudskirichtung an. Das ist die wahre Demokratie der Wachsmann, Williger und Geisenheimer. Männer von „teutschestem" Charakter, würdige Vertreter des Deutschtums, welches ihre vornehmlichste Stütze in der „Kattowitzer Zeitung" hat.

Und nun einige Worte zum „treudeutschen" Kurier, der zu Revolutionsbeginn offizielles Blatt der Revolution werden wollte und als man seine katholischen Dienste abwies, gern bereit war, mit dem polnischen Renegaten Reginek das Blatt in tschechische Hände zu spielen, mit dem Anschluß Oberschlesiens an die Tschechoslowakei ein gutes Geschäft machen wollte, sogar nach Prag eine Delegation finanzierte, Arbeiterinteressen wahrnahm und gleichzeitig das Blatt an die katholischen Industriemagnaten verschacherte, Ja, Herr Wentzke verstand sein katholisches mit privatem Interesse so gut zu verbinden und fand würdige Nachfolger. Den deutschen Sozialisten wurde es übel angekreidet, daß sie ihre internationale Einstellung auch offen, selbst auf die Gefahr hin, daß ihr Deutschtum angezweifelt wird, zugeben. Aber wievielmal haben wir nicht anerkannte Führer der Katholischen Partei bekennen hören, daß ihnen ihre religiöse Ueberzeugung höher steht als ihr Deutschtum und sie haben sich auch beim Aufruf zum Bau der Kathedrale alle gefunden. Unsererseits soll ihnen daraus kein Vorwurf gemacht werden, sondern nur auf die zweifelhafte Charaktereinstellung verwiesen werden, die sie zur Schau tragen. Sozialisten gehören zu Sozialisten, und Katholiken zu Katholiken, wer sich anders bindet, der sucht geschäftliche Politik und keine reine Ueberzeugung. Man muß schon diese üble Wahrheit mit auf den Weg nehmen. Und wenn man so freundlich ist, auf unseren früheren Kampf mit der P. P. S. zu verweisen, warum will man sich da nicht erinnern, daß es gar nicht solange her ist, daß sich deutsche und polnische Katholiken so liebevoll in den Haaren lagen, daß man an der Echtheit katholischen Bekenntnisses zweifeln konnte. Drum laßt unsere Sache, wir wollen Euch im Träumen nicht stören.

Parteivorstand und Gewerkschaften haben sich entschlossen, den „Volkswille" auszubauen. Der Anfang wurde mit dem Bilderdienst gemacht, eine Erweiterung des Umfanges wird folgen. Aber seitens der Leser werden wir auch durch eine kleine Abonnementserhöhung Opfer fordern müssen. Wir sind auf uns allein angewiesen, und der Erfolg hängt von der Opferfreudigkeit unserer Gewerkschaftskollegen und Parteigenossen ab. Darum rufen wir sie anläßlich des Wahlkampfes zur Werbearbeit für den „Volkswille" auf. Die Flugblätter und öffentlichen Versammlungen sind nur teilweise zur Aufklärung bestimmt, die Presse muß den sozialistischen Staat, den Ausgang der Wahlen bestimmen. Darum auf zur Agitation für den „Volkswille". Er gehört in jede Arbeiterfamilie und wer für seine Verbreitung sorgt, festigt gleichzeitig den sozialistischen Gedanken. —ll.



Vom sozialdemokratischen Parteitag in Paris

Aufnahme einiger markanter Persönlichkeiten während einer Sitzungspause. — Von links: Graziani, Zyromsky, Compere-Morel; dahinter Renaudel.

Die Berliner Botschafter und Gesandten der fremden Mächte zum Jahreswechsel

Köln. Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht aus Anlaß des Jahreswechsels eine Reihe von Botschaften der Berliner diplomatischen Vertreter ausländischer Mächte. Der Botschafter Groß-Britanniens, Sir Ronald Lindsay, beschäftigt sich u. a. mit dem Friedensproblem und der Frage der Zusammenarbeit der führenden Staatsmänner. Der Friede beruhe auf dem internationalen sittlichen Denken, jedweden Individuums selbst des geringsten. Es sei Pflicht jedes Deutschen und jedes Engländers die den Krieg als eine gemeinsame Tragödie empfunden hätten, ihre eigenen Gefühle dahin zu lenken, daß Friede nicht nur ein Erschöpfungszustand nach einem Kriege, sondern ein Zustand aufgeklärten Geistes sei, der für die jüngere Generation zu einem unauslöslichen Bestandteil ihres moralischen Seins werden werde.

Der türkische Botschafter Kemal Eddin Sami Pascha schreibt u. a.: „Wenn die Völker in Ruhe und Frieden leben wollen, müssen sie auf ihre leitenden Männer eine stärkere und wirksamere Kontrolle ausüben als bisher."

Der russische Botschafter Krestinski beginnt mit einem Hinweis auf die Litwinowschen Abrüstungsvorschläge, für deren Unausführbarkeit noch niemand den Beweis erbracht habe. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland hätten sich erfolgreich entwickelt. In politischer Beziehung könne man feststellen, daß sich der Abschluß des Berliner Vertrages vom 24. April 1926 vollständig bewährt habe. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hätten sich im Laufe des vergangenen Jahres noch vertieft.

Der spanische Botschafter Fernando Espinosa de Los Monteros hebt die gute Entwickelung der deutsch-spanischen Handelsbeziehungen als Ergebnis des Vertrages von 1926 hervor.

Der tschechoslowakische Gesandte Dr. F. Zhvalkowsky überschreibt seine Ausführungen. Auf dem Wege der Zusammenarbeit. Der feste Glaube der politischen Führer an die positive Mitarbeit und Mitverantwortung habe bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei volles Verständnis gefunden.

Der finnische Gesandte Wäinö Wuolijoki widmet sich den seit langem guten und freundschaftlichen Beziehungen der finnischen Presse zur deutschen Presse.

Der Gesandte der Republik Argentinien Federico M. Quintana weist auf die herzlichen Beziehungen zwischen Argentinien und Deutschland hin. Der Geist aufrichtiger Herzlichkeit habe im politischen Leben einen getreuen Widerschein der gegenseitig gehegten tiefgehenden Wertschätzung offenbart.

Bemerkenswert sind auch die Ausführungen des litauischen Gesandten Venceslas Sidzikauskas, die litauische Regierung so schreibt er, widmet der Pflege und dem Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen mit dem deutschen Reiche, die durch die geographische Lage und die wirtschaftliche Struktur beider Länder bedingt sei, besondere Aufmerksamkeit. Das Ergebnis der deutsch-litauischen Wirtschaftsverhandlungen werde in Litauen mit Spannung und Hoffnung erwartet.

Der Gesandte der Republik Polen Kazimierz Olszowski stellt fest, daß gewisse Anzeichen zu der Feststellung berechtigten, daß die diesjährige Bilanz im allgemeinen günstiger sei, als die der verflossenen Jahre.

Der griechische Gesandte Euthymios Canellopoulos schreibt u. a.: Die Solidarität der Balkanvölker könnte sich auch eine Solidarität Europas anpassen, was das einzige wäre, was dem Frieden und dem Fortschritt der Völker dienen könnte.

Horthy-Magyarischer Parlamentarismus

Karl Peyer auf der Anklagebank.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat in ihrer Sitzung im Februar dieses Jahres ein Manifest beschlossen, in dem auf die Gefahren der ungarischen Reaktion für den Frieden Südost- und Mitteleuropas hingewiesen wird. Dieser Sitzung wohnte als Vertreter der ungarischen Sozialdemokratie Karl Peyer bei.

Nach der Veröffentlichung des Manifestes setzte in Ungarn ein wüstes Kesseltreiben gegen Peyer ein, weil er diesem Manifest zugestimmt habe. Ein Regierungsabgeordneter klagte ihn vor einem parlamentarischen Ausschuß an, dem das Recht zusteht, einem Abgeordneten das Mandat abzuerkennen, wenn er von einer außerungarischen Körperschaft Weisungen erhält.

Der Vorsitzende der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Abgeordneter Arthur Henderson, wandte sich, wie erinnerlich, in einem Protesttelegramm an den ungarischen Ministerpräsidenten mit aller Schärfe gegen diese Methoden der horthystischen Diktatur.

Die Regierung ließ daraufhin die Sache im Sande verlaufen und nun erfährt man, daß der parlamentarische Ausschuß in geheimer Abstimmung Peyer mit 8 gegen 4 Stimmen freisprach. Der Freispruch wurde, wie die „Nepszava", das Organ der ungarischen Sozialdemokratie, berichtet, fälschlich damit begründet, daß Peyer an der Beschlußfassung über das Manifest nicht teilgenommen habe.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

5)

Sie sah sich unruhig um. Auf seinen fragenden Blick schüttelte sie den Kopf. „Es ist jemand da, der mich zu sprechen wünscht. Einer der Gäste — ich hatte ihn kaum bemerkt." Damit reichte sie ihm die Hand, die er küßte; sie entzog sie ihm hastig. „Sie müssen gehen."

Er trat auf den Korridor hinaus; in der Tür begegnete ihm der Kommissar, der mit kurzem Gruß an ihm vorübe ins Zimmer ging.

Betroffen sah Ove sich um. Was bedeutet das? Der Gruß des Beamten war knapp und kühl gewesen; er kannte diese Art: das war ein amtlicher Gruß.

Der Boy kam ihm entgegen, schon mit Hut und Mantel wartend. Während er Ove beim Ankleiden behilflich war, blickte der Boy in ängstlicher Gespanntheit auf die Tür, durch die der Kommissar gegangen war.

Ove trat den weiten Platz hinaus, der sich müde und verschlafen vor ihm dehnte. Die Fröhlichkeit war verstummt; das lachende Gewimmel war zurückgeebbt in die dunklen Straßen, über denen nun der Schlaf der tiefen Nacht lag. Schon meldete sich bleiche Helle am Himmel, der Widerschein der Mitternachtssonne, der nächstens bis über das sommerliche Seeland leuchtet.

Ove ging quer über den Kongens Nytorw. Ein Signal gellte; vor dem Hotel hielt ein geschlossenes Auto. Ove wandte sich um; zwei Herren stiegen aus, die er zu kennen glaubte: zwei vierschrötige Gestalten. Sie gaben dem Chauffeur eine Weisung und gingen ins Hotel hinein, mit kurzen militärischen Schritten.

Die Front des Hauses lag in tiefem Dunkel; nur aus den Fenstern eines Zimmers des ersten Stocks drang Lichtschein. Irgend etwas lag in der Atmosphäre, das ihn beunruhigte. Was wollten diese beiden Männer — er wußte jetzt, wer sie waren — was wollte der Kommissar? Auf wen bezogen sich seine Worte: „Es gibt heute abend noch eine Ueberraschung"? Er war zurückgekehrt, als alle Gäste fort waren — was bedeutet das alles?

Fast mußte er über sich selbst lächeln: das waren seine überreizten Nerven, nichts anderes. Er war übermüdet, durchschüttelt von überraschenden und überwältigenden Dingen — Liebe, Furcht — Verzweiflung und Hoffnung — und nun, mit dem Gutenachtgruß, war die Reaktion gekommen. Morgen früh, im Lichte des grauen Werktags, sahen die Dinge aus, wie sie immer aussahen: nüchtern, primitiv, ohne Komplikationen.

Er versenkte die Hände in die Manteltaschen und setzte den Weg fort, der Bredgade zu. Ein Klang kam aus dem Dunkel der Nacht; er blieb erschreckt stehen.

Während er sich umwandte, wußte er, daß dieser Klang eine Täuschung seiner Sinne gewesen war. Gleichwohl fühlte er die Realität, die hinter diesem Warnruf stand: seine Nerven hatten reagiert auf einen Vorgang, der jenseits der Wahrnehmung lag.

Aus dem Hotel trat Helene Wassiliew; rechts und links von ihr gingen die beiden Männer von vorhin; ihr auf den Fersen folgte der Kommissar. Die Vier stiegen ins Auto. Ove schüttelte mit einer nervösen Bewegung die lähmende Bestürzung ab und stürmte über den Platz. Aber schon setzte sich das Auto in Bewegung; Boye hastete keuchend ins Hotelvestibül, wo der Nachtportier aufgeregt mit ein paar Bediensteten sprach. „Fräulein Wassiliew?" wiederholte der Portier und deutete mit schrägem Blick durch die Glastüren in den dämmernden Morgen hinaus. „Fräulein Wassiliew ist soeben verhaftet worden."

Boye stellte eine betroffene Frage.

„Wir wissen es nicht, mein Herr. Wir wissen es nicht."

Oves eiskalte Finger krampften sich zitternd um das Messing der Drehtür. Er taumelte; fast zog die Schwere seiner Glieder ihn zu Boden.

Der große Platz war menschenleer; drüben verschwand eben das rote Licht des Wagens im dämmrigen Grau der Straße.

II.

Die Kollegen standen plaudernd vor den Türen, als Ove Jens Boye über den Korridor ging.

Die Unfreundlichkeit eines Wochenbeginns lag in der Luft, die erfüllt war von staubiger Wärme. Durch die hohen Fenster zeichnete sich bleigrauer Himmel, unterbrochen von den schweren Konturen der Häuser, die den Blick begrenzten; drüben, jenseits des Hofes, starrten vier Etagenreihen vergitterter Fenster in den Morgen.

Ein paar Kollegen riefen Boye heran; sie erzählten Liebesabenteuer — die neuesten Witze aus dem Tivoli — Seglergeschichten vom Sund. Sie waren von gleichmütiger Frische, rosig und bedenkenlos. Dann kam Richter Lystrup vorbei; er winkte Boye vergnügt mit der Hand; man wußte nicht recht: war das Kollegialität oder verhohlener Spott.

Ove blieb ostentativ bei den Plaudernden stehen, obwohl es neun Uhr war.

Er kam mit einer kleinen Verspätung aufs Amtszimmer. Lystrup saß mit hochrotem Kopf über einem Aktenstück; als Boye eintrat, nickte er ihm eifrig zu.

„Es gibt eine interessante Vernehmung, Herr Assessor. Einen Fall... können Sie ermessen, was das bedeutet? Einen wirklichen und wahrhaftigen internationalen Fall!! Raten Sie einmal, wer in einer Minute hier vor uns stehen wird!"

Ove fühlte das würgende Klopfen seines Herzens. Er wußte nur zu gut — aber er vermochte nicht ein Wort herauszubringen.

Lystrup drückte den Knopf. Dann zog er den Taschenspiegel und glättete die Krawatte in der hohlen Hand.

„Helene Wassiliew" sagte er; er sprach das Wort, als ob er einen Leckerbissen auf der Zunge zergehen ließe. „Helene Wassiliew... in einer Sache... in einer Sache, sage ich Ihnen... Hören Sie, Assessor: Sie müssen mit sekundieren, wir müssen einmal zeigen, was wir können. Ich ermächtige Sie, jede Frage zu stellen, die Ihnen einfällt. Verstehen Sie? Jede Frage, die Sie für förderlich halten. Für förderlich im Sinne der Untersuchung... Wenn es gelingt, sie zu überführen, Boye, wenn es uns gelingt, etwas Gravierendes aus ihr herauszubringen: dann bin ich in einem halben Jahr bei der Regierung. Und Sie amtieren hier an meiner Stelle."

Auf der Treppe, die vom Hof heraufführte, hörte man Schritte, die näher kamen; Ove fühlte, wie der Schlag seines Herzens zu einem irren Rasen wurde.

„Und was..." — er erschrak über seine eigene Stimme — „... und was... liegt gegen sie vor?"

Lystrup machte ein Gesicht, aus dem man tausend Dinge herauslesen konnte. „Soviel ich in der Geschwindigkeit aus den Akten ersehen kann, ist sie eine..., eine..."

Es klopfte.

Auf Lystrups Herein ging die Türe auf; zwei Beamte meldeten: „Helene Wassiliew!"

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Eine neue Entscheidung Calonders

Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, hat eine Entscheidung wegen der Nichteröffnung der Minderheitsschule in Altdorf, Kreis Pleß, gefällt. Am 27. 7. 1925 reichte der Deutsche Volksbund eine Beschwerde wegen der Nichteröffnung der Minderheitsschule in dem genannten Orte ein, da dort über 88 Kinder Anträge für Errichtung einer Minderheitsschule gestellt waren. Die Eröffnung der Schule, die am 1. 9. 1923 vor sich gehen sollte, erfolgte nicht, weil die Wojewodschaft eine nochmalige Aufforderung an die Erziehungsberechtigten der angemeldeten Kinder ergehen ließ, nach der die Kinder nochmals auf ihre Muttersprache geprüft werden sollten und den Eltern nochmals die Frage vorgelegt wurde, ob die Kinder die deutsche oder die polnische Schule besuchen sollen. Auf Grund der Ergebnisse dieser Vernehmung sind sämtliche Anträge auf Errichtung einer Minderheitsschule für ungültig erklärt worden mit der Begründung, daß die Kinder polnisch seien. Der Präsident der Gemischten Kommission hat nun in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, daß die Behörde nicht die Berechtigung besaß, die Prüfung der Kinder vorzunehmen, da für die Frage, ob eine Person als Minderheits- oder Mehrheitsangehöriger zu betrachten ist, nur der subjektive Wille des Individuums maßgebend sei. Ferner weist der Präsident darauf hin, daß die Genfer Konvention auf diesem Gebiete das Recht der freien Selbstbestimmung aufgestellt hat und daß jeder Staatsbürger selbst zu bestimmen hat, ob er der Mehr- oder Minderheit angehören will. Weder bei dem Erziehungsberechtigten noch bei dem Kinde gelte für die Entscheidung die Muttersprache, sondern es muß eine subjektive Erklärung getroffen werden. In längerer Ausführung verwahrt sich auch der Präsident der Gemischten Kommission gegen einen Teil der Presse über die Auslegung seiner letzten Entscheidung über die Schulfrage in Gieraltowitz.

Zum Schluß der Stellungnahme macht der Präsident auf die angeführten Gründe aufmerksam und entscheidet, daß die durch 52 Kinder eingereichten Anträge im Sinne des Artikels 106 des Genfer Abkommens als gültig anzusehen sind und die Schule zu errichten ist. Es sind Anmeldungen von angemessener Dauer anzunehmen. Für die Bekanntmachung in beiden Sprachen hat die Behörde Sorge zu tragen. Diejenigen Kinder, die für diese Schule angemeldet werden, sind von der polnischen Schule in diese zu überführen.

Eine 13-Millionen-Anleihe für das polnische Eisensyndikat

Das polnische Eisensyndikat hat durch Vermittelung der französisch-polnischen Bank in Kattowitz einen Kredit von 13 Millionen Zloty mit 8,25 Prozent Zinsen aufgenommen. Der Kredit soll zu Investitionszwecken in der polnisch-oberschlesischen Eisenindustrie dienen. Das Syndikat verhandelte auch mit D-Banken in Kattowitz, doch bemerkt die polnische Presse hierzu, daß die Kreditbedingungen der französisch-polnischen Bank günstiger waren.

Weitere Verkaufsverhandlungen über den Henckel-Donnersmarckschen Besitz

Nachdem der Grubenbesitz der Gräflich Donnersmarckschen Verwaltung an ein Konsortium übergegangen ist, das unter der Firma „Wyrek“ A.-G. die Werke weiterführen wird, sollen auch Zinkerzgruben und Zinkhütten, jedoch den kleineren Teil des früheren Henckel-Donnersmarckschen Besitz darstellend, verkauft werden. Ein Verkaufsangebot an den Industriekonzern Herrmann (früher Giesche) war ohne Erfolg, da die Gieschesschen Zinkhütten selbst ihre Betriebe zur besseren Rationalisierung modernisieren müssen. Augenblicklich werden daher mit der Schlesischen Zinkhütten-Aktiengesellschaft in Lipine Verkaufsverhandlungen geführt.

Dichtung und Wahrheit

Wir wissen zwar, daß wir in Oberschlesien, richtiger Polnisch-Oberschlesien, oder Ost-Oberschlesien, wie es vielfach heißt, wohnen. Das ist aber auch das einzigste, was wir so richtig wissen, vielleicht noch unter Hinzufügung, daß Polnisch-Oberschlesien in der Wojewodschaft Schlesien liegt, die zu Polen gehört. Wieviel Einwohner Polnisch-Oberschlesien bezw. die schlesische Wojewodschaft zählt, das wissen wir schon nicht. Die einen sagen, daß die schlesische Wojewodschaft 1 200 000, die anderen sprechen von 1 100 000, wieder andere sprechen von 1 Million Einwohner. Noch viel ärger stellt sich die Sache mit der Bevölkerungszahl auf ein Quadratkilometer. Nach dem Handbuch Milata kommen auf ein Quadratkilometer 310 Einwohner in Schlesien. Nach dem Handbuch Radlinski entfallen nur 167 Einwohner in Polnisch-Oberschlesien und 192 Einwohner in Teschen-Schlesien; nach dem Handbuch Sosnowski kommen in Oberschlesien 291 Einwohner auf ein Quadratkilometer und in Teschen-Schlesien 141 Einwohner. Was da richtig sein mag, weiß kein Mensch. Die Abweichungen sind so groß, daß uns die Arbeiten als völlig wertlos erscheinen. Eine Erklärung gibt es dafür nicht, eventl. kann man nur nach einer Entschuldigung suchen, die darin besteht, daß überhaupt keine amtlichen Erhebungen vorliegen. Doch scheint man es in dem übrigen Polen auch nicht allzugenau mit den Ziffern zu nehmen. So entfallen z. B. in der Provinz Posen auf ein Quadratkilometer nach Radlinski 72 Einwohner, und nach Sosnowski nur 65 Einwohner. In ganz Polen entfallen auf ein Quadratkilometer nach Milata und Skrzypek 70 Einwohner und nach Radlinski und Sosnowski 74 Einwohner. Aber selbst Sachen, die sich leicht berechnen lassen und keine Veränderungen erfahren, weisen Differenzen auf, für die es keine Entschuldigung geben kann. Im Handbuch Sosnowski wird die Weichsellänge mit 1 100 Kilometer und im Handbuch Radlinski mit 1068 Kilometer angegeben. Die Weichsel ist schließlich nicht aus Gummi und ist daher nicht das einemal länger und das anderemal wieder kürzer. Mit der polnischen geographischen Statistik sieht es wirklich mies aus, weil wir das wichtigste nicht wissen. Wir meinen, daß ein schlesischer Arbeiter, der vor dem Kriege eine achtklassige Volksschule beendet hat, würde uns eine bessere Statistik vorlegen als die polnischen Geographen mit einer Hochschulbildung. Leider leben wir heute in einer Zeit, in welcher nur ein akademisch gebildeter Mensch es zu etwas bringt.

Erhalten die Hütten den Achtstundentag?

Aus Arbeiterkreisen wird uns geschrieben:

Es ist wohl leichter etwas niederzureißen, als wieder aufzubauen. Diese Erfahrung hat die unter dem schweren Joch der zwölfstündigen Schicht seufzende Hüttenarbeiterschaft gerade in letzter Zeit wiederum machen müssen. Während der Achtstundentag im August 1924 einfach durch Regierungsverordnung plötzlich außer Kraft gesetzt wurde, hat die Wiedergewinnung desselben die Gewerkschaften und Betriebsräte bereits eine Unmenge Geld und Arbeit gekostet, die in gar keinem Verhältnis zu den erzielten Erfolgen stehen. Die Ueberleitungsaktion, welche im Sommer 1925 erfolgversprechend begonnen hat, ist Dank der Gerissenheit des Herrn Gallot, jetzigem Demobilmachungskommissar, welcher morgen nichts mehr weiß von dem, was er heute versprochen hat, im Sande verlaufen. Schließlich hat der dadurch hervorgerufene nicht einheitlich durchgeführte Streik der Hüttenarbeiter diese Aktion rasch beendet. Abgesehen von den Hochofen- und Kokereibetrieben sind seither keine Hüttenarbeiter mehr in den Genuß des Achtstundentages gelangt, und heute noch sind rund 90 Prozent der Eisenhütten- und ungefähr 28 Prozent der Metallhüttenarbeiter gezwungen, in zwölfstündiger Schicht zu arbeiten.

Durch die Entwicklung der Arbeitszeitverhältnisse in Deutschland ist gezwungenermaßen auch bei uns in Polnisch-Oberschlesien eine neue Aktion zur weiteren Ueberführung zum Achtstundentag eingeleitet worden. An dieser Tatsache wird auch Herr Jankowski nicht vorübergehen können, der solche Dinge stets auf den Kopf stellt. Es sei dabei nur an seine famose Behauptung vor der englischen Kommission erinnert, wonach sich die hiesige Arbeiterschaft freiwillig der 12stündigen Schicht unterworfen hat. Und auch seine letzte Behauptung auf dem am Mittwoch stattgefundenen Betriebsrätekongreß, wonach die Dinge in Deutsch-Oberschlesien in dieser Beziehung schlimmer sein sollen als in Polnisch-Oberschlesien, schlägt der Wahrheit ins Gesicht. Schließlich ist er der einzige gewesen, welcher die Bekanntmachung der Warschauer Regierung vom 23. Dezember d. J. bezüglich des Achtstundentages als großen Erfolg bezeichnete. An solche Dinge klammern sich gerade die hiesigen Behörden und insbesondere die Kapitalisten mit Vorliebe, zumal wenn diese aus dem Munde eines deutschen Gewerkschaftsführers fallen, zum Schaden des hiesigen Arbeiters. Es ist deshalb notwendig, daß diese Dinge auch mal obektiv und nicht christlich beleuchtet werden. Die grundlegende Tatsache ist, daß drüben in Deutsch-Oberschlesien der Achtstundentag für alle Arbeiter bereits eingeführt ist. Wo länger gearbeitet wird, muß auch der tarifmäßige Zuschlag bezahlt werden. Außerdem ist drüben der Zeitpunkt durch Regierungsverordnung fest umrissen, an dem auch der letzte Arbeiter in den Genuß des Achtstundentages gelangen wird. Und was besagt die famose Regierungsverordnung von Warschau? Zunächst stellt die Regierung darin die Behauptung auf, daß diese Aktion der Ueberleitung zum Achtstundentag von ihr selbst eingeleitet wurde. Stimmt das, Herr Jankowski? In den Nutzeffekt dieser Verordnung gelangen höchstens 2000 Arbeiter, also kaum 8 Prozent der betroffenen Arbeiter, und aus dem letzten Absatz 4 der Bekanntmachung muß jeder, der lesen kann, feststellen, daß für die übrigen, von der Bekanntmachung nicht erfaßten Arbeiterkategorien, es überhaupt keinen Achtstundentag geben soll! Den Wünschen der Gewerkschaften und Betriebsräte ist seitens der Regierung nicht im geringsten Rechnung getragen worden. Wo bleiben denn die schwerarbeitenden Walzwerkbetriebe, die restlichen Kokerei- und Hochofenbetriebe und die Aufhebung des Zehnstundentages überhaupt, was nach den Aeußerungen des Departementsinspektors Drecki und Gallot geschehen sollte? Ersterer tat sogar den bemerkenswerten Ausspruch, daß durch die Einführung des Achtstundentages in der oberschlesischen Hütteninduſtrie, Polnisch-Oberschlesien sozusagen erst richtig mit Polen vereinigt werden soll! Daß Letzteres noch in weiter Ferne schwebt, das besagt die ominöse Bekanntmachung recht deutlich. — Wer all diese Tatsachen noch als Erfolg für die Arbeiterschaft verbuchen will, muß schließlich mit so viel Gnaden und Duldsamkeit ausgerüstet sein, daß er bereits über die irdischen Raum- und Zeitbegriffe hinausragt. Schließlich gibt es ja auch noch Betriebsräte und organisierte Arbeiter, welche wissen, von welcher Seite die diesjährige Aktion zur Wiederherstellung des Achtstundentages unternommen wurde und auch, wie die Dinge in anderen Ländern liegen. Sie scheinen es auch bestimmt besser zu wissen wie Jankowski, daß es schließlich nirgends in der Welt noch Metallhütten gibt, wo in zwölfstündiger Schicht gearbeitet wird und weiter gearbeitet werden soll, wie bei uns in Polnisch-Oberschlesien. Nein, Herr Jankowski, Ihre Taktik bringt uns wirklich keinen Nutzen. Es gilt die Dinge ohne ihre christliche Brille zu betrachten und ernstlich die Frage zu prüfen: Wie ist es möglich, für die Hütten den Achtstundentag restlos wiederzugewinnen? Man darf aber auch nicht rein agitatorisch an diese Aufgabe herantreten, sondern ernstlich den Kampf für das kommende Jahr vorbereiten, ohne welchen die Arbeiterschaft überhaupt nicht auf Erfüllung ihrer Wünsche rechnen kann. Gewiß stehen noch große Teile der betroffenen Arbeiter den Organisationen fern, wenn mit dem unumgänglichen Kampf aber gewartet werden soll bis restlos alle Arbeiter organisiert sind, dann können wir auf den Sankt Nimmerleinstag warten, oder man müßte die unorganisierten Parasiten unter den Arbeitern einfach abmurksen. Es wird den Gewerkschaften im neuen Jahre, wenn sie es mit ihrer Pflicht den Arbeitern gegenüber ernst meinen, nichts weiter zu tun übrig bleiben, als alle Vorbereitungen zum kommenden Arbeitskampf zu treffen. Denn ein Kampf ist unausbleiblich, und ob mit oder ohne gewerkschaftliche Hilfe, werden sich im kommenden Jahre Kämpfe entwickeln, welche die Gewerkschaften nicht überraschen dürfen und wenn es die Führer verstehen, diese Kämpfe auszuwerten, dann wird der restlose Achtstundentag in greifbare Nähe rücken auch für diejenigen, die ihn schon lange haben müßten und das sind die Handwerker, Lokomotiv- und Maschinenbetriebe, sowie alle Facharbeiter und Walzwerkbetriebe. Nun auf zum Kampf im neuen Jahre!

Wieviel Arbeitslose zählt die Wojewodschaft?

Weitere 686 Erwerbslose sind nach einem Bericht des Wojewodschaftsamtes in der Zeit vom 21. bis 28. Dezember v. J. innerhalb der Wojewodschaft Schlesien registriert worden. Die Gesamt-Arbeitslosenziffer am Ende der Woche betrug 44 016 Personen. Darunter befanden sich 15 184 arbeitslose Grubenarbeiter, 2616 Hüttenarbeiter, 8 Glashüttenarbeiter, 2148 Metallarbeiter, 258 Arbeitslose aus der Tuchbranche, 2443 Bauarbeiter, 537 Erwerbslose aus der Papier-, Holz- und chemischen Branche sowie aus der Keramik. Ferner wurden gezählt: 1306 Arbeitslose, welche als qualifizierte Arbeiter in Frage kommen, sowie 16 400 nichtqualifizierte Arbeiter, 321 landwirtschaftliche Arbeiter und 2627 Kopfarbeiter. Eine Arbeitslosenunterstützung wurde 25 033 Personen gewährt.

Auslieferung eines polnischen Spions

Die deutschen Behörden haben den vor längerer Zeit nach Deutschland geflüchteten Polizeikommissar Mader, der dem deutschen Gemeindienst nach einer Meldung der polnischen Presse Mobilisierungspläne ausgeliefert haben soll, als lästigen Ausländer ausgewiesen. M. wurde den polnischen Behörden ausgeliefert, weil er eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren abzubüßen hat.

Kattowitz und Umgebung

Silvesterrummel in Kattowitz.

Wie alljährlich zur Jahreswende, so wurde auch am letzten Tage des vergangenen Jahres der Silvesterrummel in Kattowitz abgehalten. Schon in den Nachmittagsstunden konnte man den schwankenden Gestalten begegnen, welche im Vorgefühl der Silvesterfeier des „Guten“ zuviel genossen hatten und nunmehr unsicher und torkelnd heimwärts wanderten, um den Einzug des neuen Jahres wider Willen zu „verträumen“.

Die Lokalitäten, wie Cafeehäuser und Restaurants, waren von Gästen überfüllt. Vielfach wurden Eintrittspreise erhoben und zwar dort, wo eine lustige Jazzbandkapelle ihre Weisen erklingen ließ und Möglichkeit zum Tanz geboten wurde. Hiervon wurde denn auch ausgiebig Gebrauch gemacht, mochte der Raum zum Tanzen noch so beengt und beschränkt sein.

Auf den Straßen stauten sich indessen immer größere Menschenmassen an, darunter vermummte und groteske Gestalten, welche unter verschiedenerlei Maskeraden auftraten. Mit dem ersten Glockenschlag, welcher die verrinnenden Stunden des alten Jahres anmeldete, hub ein ohrenbetäubendes „Prosit Neujahr“ und „Szczensliwy Nowy Rok“-Rufen an, welches bis in die späten Morgenstunden hinein dauerte. In dem Lärm und Trubel waren die Glockenklänge, durch welche das neue Jahr eingeläutet wurde, kaum zu vernehmen. In Scharen zogen speziell junge Leute die Straßen auf und ab, sich gegenseitig beglückwünschend und zujubelnd. Eine wilde Ausgelassenheit herrschte vorwiegend auf der Grundmannstraße, wo ganze Trupps von Zechbrüdern zum Gaudium der Zuschauer allerlei spaßige Streiche verübten und immer neuen Unfug ersannen, um an dem einen Tage im Jahre, an dem bekanntlich „alles erlaubt“ ist und die Polizei die größte Nachsicht übt, gehörig auszutoben. — Freilich kam es mitunter auch zu unliebsamen Szenen, da vielfach Querköpfe, welche diesen oder jenen, wenn auch gut gemeinten, so doch ungehörigen Witz oder Spaß absolut nicht verstehen wollten, hart aneinandergerieten und in der Wein- und Schnapslaune mit ihren Stöcken über den Köpfen der Passanten so wild herumfuchtelten, daß alles kreischend auseinanderstob. Sofort war jedoch in solchen Fällen die Polizei zur Stelle, welche musterhaft auf Ordnung hielt und dem Streit zwischen den Kampfhähnen durch ihr Dazwischentreten ein Ende machte und die erhitzten Gemüter beschwichtigte. Soweit bisher zu erfahren war, soll die Silvesterfeier in Kattowitz im allgemeinen ohne besondere arge Zwischenfälle verlaufen sein. Vereinzelt wurden sogenannte „Bierleichen“ aufgelesen und auf die Wache gebracht, wo sie ihr Räuschlein ausschliefen und mißmutig und mit schwerem Kater heimwärts trotteten. Einige Personen sollen auch wegen Schlägereien, welche sie vom Zaune brachen, zur Anzeige gebracht sein.

Als wenig erfreuliche Tatsache wäre schließlich noch zu vermelden, daß entgegen anderen Jahren, diesmal ausnahmsweise viel Jugendliche, darunter eine Anzahl Schulkinder, zur späten Nachtzeit ohne jeden Schutz herumlungerten, was allgemeinen Unwillen unter den Erwachsenen hervorrief. Manches dieser verwahrlosten Kinder war sinnlos betrunken und konnte sich kaum auf den Füßen halten. Diese Jungen und Mädels führten sich in der letzten Silvesternacht in der unverschämtesten Weise auf und belästigten sogar die Erwachsenen, welche ihnen manch mißbilligendes Wort zuriefen. Man fragt sich hier unwillkürlich, wie es überhaupt möglich ist, daß an Kinder Alkohol ausgeschenkt bezw. verkauft wurde. Eine schwere Anklage bedeutet es aber für die Eltern, welche ihre Kinder sorglos und ohne jede Gewissensregung in diesem frühen Alter zur späten Nachtzeit auf die Straßen lassen. — Fürwahr ein trauriges Kapitel über die Verwahrlosung der heutigen Jugend. Es erscheint notwendig, daß die Polizei in Zukunft unweigerlich einschreitet, solche Kinder bis zum nächsten Tage festhält und nach Feststellung der Personalien die gewissenlosen Eltern zur Verantwortung zieht.

Meisterprüfungskommission für das Modelltischlerhandwerk. Seitens der Wojewodschaft wurden laut Gewerbeordnung nachstehende Herren zu Mitgliedern der Meisterprüfungskommission für das Modelltischlergewerbe ernannt: Als 1. Vorsitzender, der Bevollmächtigte der Handwerkskammer Theofil Voida, als Vertreter Abgeordneter Sobotta, ferner als Beisitzer die Modelltischlermeister August Dudek-Chropaczow, Alois Dembinski-Kattowitz und Schulvisitator Vinzent Ogreszinski-Kattowitz.

Zunahme der Erwerbslosenziffer im Landkreis. Ein Zugang von weiteren 260 Arbeitslosen war in der Woche vom 22.—28. Dezember im Landkreis Kattowitz zu verzeichnen. Der Abgang betrug nur 79 Personen, so daß die Gesamtziffer am Ende der Woche 10 510 Arbeitslose umfaßte. Geführt wurden: In Siemianowitz 1596, Neudorf 1416, Myslowitz 959, Bielschowitz 799, Chorzow 696, Rosdzin 520, Janow 591, Schoppinitz 559, Hohenlohehütte 224 und in den kleineren Ortschaften insgesamt 3150 Arbeitslose. Die Unterstützung erhielten 6593 Beschäftigungslose.

Dachstubenbrand. In einem Dienstbotenzimmer des Fleischermeisters Alfred Nebel auf der Grundmannstraße 10 in Kattowitz brach Feuer aus, welches durch herausfallende glühende Kohlenstücke verursacht wurde. Es verbrannten Bettbezüge, Strohsäcke, Wäsche- und Kleidungsstücke im

Börsenkurse vom 2. 1. 1928
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.91¾ zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.25 zł
	1 Dollar	=	8.91¾ zł
	100 zł	=	46.92 Rmk.

Werte von ungefähr 600 Zloty. Durch die bald eintreffende Feuerwehr wurde der Brand gelöscht.

Wieviel betrug der Wasserverbrauch? Im Monat Dezember wurden durch das Wasserwerk Bittkow für die Stadt Kattowitz insgesamt 1 200 700 Kubikmeter Wasser angeliefert. Weitere 9 966 Kubikmeter Wasser sind von der Oheimgrube für den Ortsteil Brynow bezogen worden. Der Wasserverbrauch hat sich im Vergleich zum Monat November bedeutend erhöht.

Königshütte und Umgebung

Einteilung der Wahlbezirke in Königshütte

Für die kommenden Sejm- und Senatswahlen wurde die Stadt Königshütte in 35 Wahlbezirke eingeteilt. Um einen Andrang bei diesen Wahlen zu vermeiden, wurden die Wahlbezirke um 12 vermehrt und zum grössten Teil nach den Schulen verlegt. Die einzelnen Bezirke umfassen folgende Strassen: Bezirk 1: ulica Gymnazjalna von Anfang bis Nr. 28, Moniuszki, Wahllokal: Staatl. Gymnasium an der ulica Gymnazjalna. — Bezirk 2: ul. Glowackiego, Jagiellonska Rynek, Pilsudskiego, Sobieskiego, Zjednoczenia. Wahllokal: Standesamt an der ulica Sobieskiego. — Bezirk 3: ul. Chrobrego von Nr. 15 bis Ende, Dąbrowskiego, Drzymały Gymnazjalna von 29 bis Ende. Wahllokal: Schule 9, an der ulica Dąbrowskiego. — Bezirk 4: ul. Wolności von Anfang bis 54, Plac Wolności. Wahllokal: Hotel Polski an der ulica Wolności. — Bezirk 5: ulica Dworcowa, św. Jacka, Kazimierza, Ligota Górnocza von Anfang bis Nr. 25, Pocztowa, Sienkiewicza, Wagnera, Plac Wagnera. Wahllokal: Schule 6 an der ulica Kazimierza. — Bezirk 6: ul. Graniczna, Szpitalna von Nr. 14 bis Ende, Wolności von Nr. 55 bis Ende. Wahllokal: Dom Polski an der ulica Wolności. — Bezirk 7: Nomiarki, Ligota Górnicza von Nr. 26 bis Ende. Wahllokal: Restaurant Plachta an der ulica Ligota Górnicza 35. — Bezirk 8: ul. Mieleńskiego. Wahllokal: Restaurant Burniercki an der ulica Mieleńskiego 47. — Bezirk 9: ul. Chrobrego von Anfang bis Nr. 14, Spitalna von Anfang bis Nr. 13. Wahllokal: Dom Związkowy an der ulica Wolności. — Bezirk 10: ul. Hajducka. Wahllokal: Restaurant Thomalla an der ulica Hajducka 17. — Bezirk 11: ulica Galeckiego von Nr. 22 bis Ende, Klimzy, Średnia, Szkolna, Młyńska Barbary, Jadwigi, Górnicza. Wahllokal: Schule 3 in Klimsawiese. — Bezirk 12: ul. Cmentarna, Kordeckiego, Piaskowa, Urbanowicza. Wahllokal: Schule 10 an der ulica Urbanowicza. Bezirk 13: ul. Batorego, Katowicka von Anfang bis Nr. 28, Kileńskiego, Kopernika, Plac Kopernika, Krzywa Plac Matejki, Piastowska. Wahllokal: Schule 12 an der ulica Katowicka. Bezirk 14: ul. Rejtana, Stawowa, Szopena. Wahllokal: Mädchengymnasium am Plac Matejki. Bezirk 15: ul. Bogdaina, Konopnickiej, Pole Wschodnie. Wahllokal: Hotel Graf Reden an der ulica Katowicka 7. Bezirk 16: ulica Poniatowskiego, Redera, Skargi. Wahllokal: Restaurant Schostek an der ulica Redena. Bezirk 17: ul. Chorzowska, Damrota, Galeckiego, von Anfang bis Nr. 21 Górna, Katowicka von Nr. 29 bis Ende, Podgórna. Wahllokal: Restaurant Rogawski an der ulica Katowicka 46. Bezirk 18: ul. 3-go Maja von Nr. 86 bis Ende, Styczyńskiego von Anfang bis Nr. 37. Wahllokal: Schule 15 an der ulica 3-go Maja. Bezirk 19: ul. Florjańska, Hałupki, Kościelna, Krakusa, Wąska Lompy. Wahllokal: Städt. Schlachthof. Bezirk 20: ul. Styczyńskiego von Nr. 38 bis Ende, Wandy von Anfang bis Nr. 35. Wahllokal: Schule 13 an der ulica Styczyńskiego. Bezirk 21: ul. Józefa, Janasa, Karola Miarki, Niedurnego, Lagewnicka, Marjańska von Nr. 16 bis Ende. Wahllokal: Schule 8, an der ulica Lagewnicka. Bezirk 22: ul. 3-go Maja von Anfang bis Nr. 30, Marjańska von Anfang bis Nr. 15, Wodna von Anfang bis Nr. 16. Wahllokal: Schule 12 an der ulica 3-go Maja. Bezirk 23: 3-go Maja von 31 bis Nr. 51. Wahllokal: Schule 14 an der ulica 3-go Maja. Bezirk 24: ulica 3-go Maja von Nr. 52—85, Kingi, Melanje Barczewskiej, Szybowa. Wahllokal: Schule 14 an der ulica 3-go Maja. Bezirk 25: ul. Barska, Bytomska von Anfang bis Nr. 25, Hutnicza, Kalidego, Kruszczową, Nowa Stabika. Wahllokal: Hilfsschule an der ulica Bytomska. Bezirk 26: ulica Bonczyka, Krótka, Ogrodowa. Wahllokal: Restaurant Kains ul. Ogrodowa. Bezirk 27: ulica Bytomska von Nr. 26—71: Wahllokal: Hilfsschule, ul. Bytomska. Bezirk 28: ul. Mickiewicza von Anfang bis Nr. 47, Plac Mickiewicza. Wahllokal: Oberrealschule auf der ulica św. Piotra. Bezirk 29: ul. Bytomska von Nr. 72 bis Ende, Mickiewicza von 71 bis Ende, Polna von Anfang bis Nr. 5. Wahllokal: Schule 7 (Maschinenbauschule) an der ulica Mickiewicza. Bezirk 30: ul. Juljusza Ligonia, Mickiewicza von Nr. 48—70. Wahllokal: Restaurant Bernard ul. Mickiewicza 59. Bezirk 31: ul. Pudlerska, von Anfang bis Nr. 29, Słowackiego. Wahllokal: Restaurant Thomaszewski ulica Pudlerska 9. Bezirk 32: ulica Krzyżowa von Anfang bis Nr. 24, św. Pawła, Pudlerska von Nr. 30 bis Ende. Wahllokal: Restaurant Rübner ul. Bytomska 67. Bezirk 33: ulica Grunwaldska, Jana Krzyżowa von Nr. 25 bis Ende, Polna von Nr. 6 bis Ende. Wahllokal: Restaurant Star ul. Krzyżowa 24. Bezirk 34: ul. Ks. Picka, Wodna von Nr. 17 bis Ende. Wahllokal: Restaurant Kaluża, ul. Wodna 25. Bezirk 35: ul. Narożna, św. Piotra. Wahllokal: Schule 1 an der ulica św. Piotra.

Ausschneiden und aufheben.

Ein Hundeleben.

Mein Friseur ist ein freundlicher, kinderloser Ehemann, der seinen wertvollen Rassehund liebt. Wenn er — der Friseur — mich rasiert, dann erzählt er mir als altem Stammkunden so allerlei und ich höre zu, stelle manchmal Zwischenfragen und bilde mich. —

Auch so ein Hundeherr hat seine schweren Sorgen. Nicht allein, daß er allsonntäglich und zwischendurch auch in der Woche mit Bangen die Dressur seines Tieres leiten muß. Die Hundewissenschaft ist eines der schwierigsten Gebiete menschlicher Geistestätigkeit. Bisher hatte ich geglaubt, daß alle Hunde, sofern sie nicht beißen, liebe Tiere seien; und ich habe sie fast alle gestreichelt und schön mit ihnen getan. Das war ein sehr proletarisches Verhalten, was mir aus den Ausführungen des Barbiers so recht klar geworden ist.

Zwischen Hund und Hund ist ein himmelweiter Unterschied; da klaffen Gegensätze weitaus größer als zwischen Rassen und Klassen der Menschheit. Die Ohren und die Nase und der Bart und die Beine und der Bauch und der Lauf und die Schulterhöhe und tausenderlei andere Merkmale müssen sorgfältig geprüft und oft korrigiert werden. Der Hundeverein, in dem mein Friseur ist, wacht scharf darüber, das seine Rasse immer edler und edler wird. Das ist ihm ja auch, wenigstens bei den Hunden, die ja sein ausschließliches Interessengebiet bedeuten, bereits beträchtlich gelungen.

Neulich sollte der Hund des Friseurs, der eine Hündin ist, niederkommen. War das eine Aufregung schon wochenlang vorher! Als dann eines Abends endlich die schwere Stunde herannahte, da war die ganze Familie, einschließlich des Dienstmädchens und der Nachbarsfrau am Lager der Wöchnerin versammelt. Die Wöchnerin bekam eine Art Milchfieber; die eigenen Kinder wurden vergiftet. Nichts half. Der Tierarzt, der eines Nachts gegen 2 Uhr aus dem Bett geholt wurde, hatte Mühe, die schmerzensreiche Mutter zu retten; die sechs Hundekinder, denen bei Nacht und Nebel noch eine fremde Amme beschafft wurde, starben gleichwohl. Die zugehörigen Menschen liefen mit verstörten Gesichtern herum; Tränen des Mitleids und der Ergriffenheit weinten die menschlichen weiblichen Friseurfamilienmitglieder.

Neun Hundekinder waren es einst gewesen. Drei mußten sofort getötet werden aus eugenischen Gründen; denn mehr als sechs Junge darf laut Vereinsbeschluß kein Züchter großziehen, damit der Nachwuchs sich nicht gegenseitig schwächt. Nur bei Einhaltung dieser Höchstzahl wird der amtliche Stammbaum ausgestellt. (Jetzt weiß ich, warum die meisten Menschen keinen haben.) Die übriggebliebenen sechs sind tot.

Die bedauernswerte Mutter ist nach wochenlangem Siechtum wieder in den Vollbesitz ihrer Gesundheit gelangt. Stolz geht sie neben ihrem Herrn auf der Straße dahin. Sie hat ein starkes Rassenbewußtsein und macht sich nie mit proletarischen Mischrassenhunden gemein. Sie ist ein Hund aus ersten Gesellschaftskreisen und weiß so gut wie Ludendorff, was sie ihrer Rasse schuldig ist. Die Tatsache, daß die oberen zehntausend Hunde zusammenhalten, ist wichtig für den Bestand der hündischen Gesellschaftsordnung. So lange es noch Menschen geben wird, die entschlossen sind, an der Aufwärtsentwicklung edler Hündischkeit zu arbeiten, so lange braucht uns um die Zukunft der Hunde-Aristokratie nicht bange zu werden.

Registrierung der Arbeitslosen. Das Arbeitslosenamt Königshütte macht bekannt, daß zwecks Durchführung einer neuen Arbeitslosenkontrolle und Registrierung, sich alle Arbeitslosen, ob sie Unterstützung erhalten oder nicht, im Arbeitslosenamt an der ulica Glowackiego 5 (Krugstr.) während den Dienststunden von 8—3 Uhr wie folgt melden sollen: A) Männer: am 2. Januar A—C, am 3. Januar D—F, am 4. Januar G—H, am 5. Januar J—K, am 7. Januar L—M, am 9. Januar N—P, am 10. Januar R—T, am 11. Januar U—Z. B) Frauen: am 12. Januar A—J, am 13. Januar K—P, am 14. Januar R—Z. Diejenigen Arbeitslosen, die keine Unterstützung beziehen, haben sich am 16. und 17. Januar zu stellen. Bei der Registrierung sind die Ausweiskarten vorzulegen. Diejenigen Arbeitslosen, die sich zur Registrierung nicht melden, erhalten keine Unterstützung, auch werden sie von den anderen Unterstützungsarten ausgeschlossen. Spätere Meldungen finden keine Berücksichtigung, gleichzeitig werden die betreffenden Personen aus der Arbeitslosenliste gestrichen.

Geringe Bautätigkeit. Die in diesem Jahre geplanten Bauten von Kasernen, eines Kreisgerichts, der Maschinenbauschule (gegenwärtig befindet sich diese in der Volksschule 7), eines Volkshauses u. v. a. Gebäude, haben infolge Fehlens von Barmitteln und anderer Umstände wegen nicht verwirklicht werden können. Große Hoffnungen setzte man auf die verschiedenen Anleihen und Subventionen, doch hat sich alles als trügerisch erwiesen. Außer des Rathausbaues, der in Rohbau unter Dach gebracht wurde, wurden die Gebäude der Bank Polski und der Anbau des staatlichen Gymnasiums vollendet, die aber als Wohnungen nicht in Frage kommen. Infolgedessen kann die diesjährige Bautätigkeit als Null bezeichnet werden. Ob im neuen Jahre der Baumarkt eine Belebung erfahren wird, bleibt eine Frage der Zukunft. Pläne liegen haufenweise da, ob sie aber verwirklicht werden?

Sport vom Neujahrstage

Der erste Tag des neuen Jahres im oberschlesischen Fußballeben verspricht gut zu werden für das weitere. Wir sahen unmögliche Schiedsrichter, Proteste, schlechte Platzorganisation und hohe Niederlagen.

Amatorski Königshütte — 06 Zalenze 2:1 (1:1).

Trotz der strengen Kälte pilgerten viele Sportinteressenten nach dem Königshütter Stadion, um Zeuge zu sein an einem Kampf um die oberschlesische Fußballmeisterschaft zwischen einem wirklichen Spitzenkandidaten und einem erst am grünen Tisch gemachten, um auch ein Opfer der schlechten Platzorganisation zu werden, denn die Mehrzahl der Zuschauer mußte den Anfang des Spieles infolgedessen versäumen.

Das Spiel um die Meisterschaft der A-Klasse bezw. um den Aufstieg in die Landesliga gewann Amatorski glücklich aber unverdient und unter Protest. Das ganze Spiel hindurch hatte Zalenze eine große Spielüberlegenheit. Gleich nach Beginn gelingt es Amatorski, welche mit Wind spielen, ein Tor zu erzielen. Doch die über alles Erwarten gut spielenden 06 er können durch Christ aus einer guten Vorlage ausgleichen. Das siegbringende Tor konnte kurz vor Schluß Miksch an einem Durchbruch erzielen. Der Sturm der Königshütter war überraschenderweise diesmal ein glatter Versager. Die schwerfällige Verteidigung von Amatorski zeigte eine sehr mäßige Leistung. Bei Zalenze, dem unverdient aber besser spielenden Unterlegenen, war das Schwächste der schußkranke Sturm. Der gefährlichste Mann für Amatorski, Christ, der dem Tormann durch seine scharfen Schüsse sehr zusetzte, stellte der Schiedsrichter heraus und schwächte die Zalenzer damit sehr. Im großen ganzen bemerkte man die parteiliche Seite für Amatorski bei dem „famosen" Schiedsrichter Kosicki. Was wird nun aus dem Protest, den die Zalenzer einlegten? Ob der wohl am grünen Tische durchkommen wird und uns ein neues Spiel bringen wird? Wir wollen abwarten.

Pogon Kattowitz — 07 Laurahütte 2:8 (2:2).

Eine unangenehme Neujahrsüberraschung schenkten die Laurahütter den Pogonisten aus Kattowitz. In der ersten Halbzeit dominierte Pogon und konnte zwei Tore vorsetzen und es sah sehr bedenklich für 07 aus — doch nach Seitenwechsel änderte sich das Bild. Die 07 er laufen zur Hochform auf und erdrückten Pogon voll und ganz. Und die Neujahrswünsche der Laurahütter hageln in das Tor der Kattowitzer. Der beste Spieler war Kralewski (07), der nach längerer Krankheit wieder mitwirkte und die ganze Laurahütter Mannschaft mitriß. Die Torschützen waren für Laurahütte Kralewski 3, Machnik 2, Fitzner, Szurich und Michallik je eins. Für Pogon waren Hermann und Renz erfolgreich.

06 Myslowitz — Rosdzin-Schoppinitz 3:2 (3:1).

Seit jeher waren obige Gegner sogenannte Lokalrivalen und auch dieses Spiel sollte entscheiden, wer der bessere ist und wie man sieht, ging Myslowitz als hoher Sieger daraus hervor. Die verjüngte Myslowitzer Mannschaft schreitet von Sieg zu Sieg. In diesem Treffen waren die Myslowitzer den Rosdzin-Schoppinitzern vollkommen überlegen und siegten verdient. Sehr gut war der jugendliche Tormann von Rosdzin. Die Tore erzielten Krautwurst 3, Ralka und Walzuk je zwei. Für Rosdzin eins Kowoll und ein Selbsttor.

Diana Kattowitz — 09 Beuthen 1:2.

Sehr ehrenvoll schnitten die Kattowitzer Dianen gegen die starken 09 er sogar in Beuthen ab.

1. K. S. Tarnowitz — Sp. V. Beuthen 0:7 (0:4).

Trotzdem die Tarnowitzer sehr aufopfernd und schnell spielten, mußten sie doch diese Niederlage hinnehmen, da sie gezwungen waren, mit starkem Ersatz das Spiel zu bestreiten.

Sparta Piekar — K. S. Brzezine 2:8.

Dieses Spiel wurde nach 30 Minuten Spieldauer abgebrochen, da Brzezine einen wider sie vom Schiedsrichter diktierten Elfmeter nicht zugaben und vom Platze gingen.

Preußen Zaborze deutschoberschlesischer Fußballmeister.

Mit dem gestrigen 4:0-Siege über Sp. V. Delbrückschächte sind die Zaborzer Preußen Fußballmeister geworden.

Myslowitz

Keine Arbeit und keine Arbeitslosenunterstützung. Die Stadt Myslowitz beschäftigte noch vor kurzem gegen 60 Arbeitslose bei den sogenannten Notstandsarbeiten, die aber in Wirklichkeit zu den dringendsten Arbeiten gehörten. Diese 60 Arbeitslose waren in drei Gruppen geteilt und jede Gruppe arbeitete zwei Tage in der Woche. Die Entlohnung dieser Arbeiter betrug 4 Zloty für den Tag, mithin verdiente der Arbeiter in der Woche 8 Zloty. Eine Woche vor den Feiertagen erklärte man, daß zwar Arbeit genügend da ist, daß aber kein Geld mehr vorhanden ist. Alle 60 Arbeitslose wurden entlassen. Zu den Weihnachtsfeiertagen erhielten noch die ledigen Arbeitslosen 5 Zloty und die Verheirateten 12 Zloty Weihnachtsgeschenk, und damit war die Sache abgetan, allerdings nur für die Stadt, nicht aber für die Arbeiter. Für die Letzteren fing die Stadt erst richtig an. Haben sie in den letzten Monaten, als sie noch gearbeitet haben, gehungert, so haben sie jetzt überhaupt nichts mehr zu beißen. Arbeitslosenunterstützung wird den Armen auch verweigert. Wovon sollen denn die Leute leben? Von den 8 Zloty Wochenverdienst konnten sie sich nichts erspart haben. Oder ist die Stadtverwaltung entgegengesetzer Meinung? Wenn ja, dann möge man es auf einen Versuch ankommen lassen. Jedenfalls sind wir der Meinung, daß es so nicht bleiben kann. Selbst ein Privatkapitalist würde kaum so handeln können wie die Stadtverwaltung in Myslowitz im vorliegenden Falle gehandelt hat. Sie war ganz gut informiert gewesen, daß die Bedauernswerten zu Hause Hunger leiden und frieren und nach der Entlassung zugrundegehen werden. Dem muß vorgebeugt werden und die Mittel dazu müssen sich finden.

Ein liebenswürdiger Ehemann. Auf dem Ring in Myslowitz wurde bei Abhaltung des Marktes eine Händlerin überfallen und durch mehrere Messerstiche schwer verletzt. Wie die polizeiliche Untersuchung ergab, war der Messerheld ihr Ehemann, der mit der Frau geschieden lebte und von ihr Geld forderte. Da die Frau sich weigerte, wurde sie dafür mit dem Messer bearbeitet. Der Ehemann wurde festgenommen und die Frau nach dem städtischen Krankenhause geschafft.

Vom Eisenbahnzuge zerstückelt. Auf dem Eisenbahngleis bei Dombrowa ist eine völlig zerstückelte Mannesleiche aufgefunden worden. Ermittelungen haben ergeben, daß es sich um den Bergschüler Stanislaus Musialik von der Bergschule aus Wieliczka handelt.

Deutsch-Oberschlesien

Hindenburg. (Ein junger Mann an der Grenze erschossen.) An der deutsch-polnischen Grenze in der Nähe von Hindenburg wurde ein 30 jähriger Mann, dessen Personalien noch nicht ermittelt werden konnten, ermordet aufgefunden. Die ärztliche Kommission stellte drei tödliche Wunden durch Revolverschüsse fest. Die bisherigen Ermittelungen konnten noch keine Klarheit darüber bringen, ob es sich um einen politischen Mord handelt, oder ob der junge Mann beim unberechtigten Ueberschreiten der Grenze erschossen worden ist.

Amerikanische Aktivität im Vorderen Orient

Jerusalem, Mitte Dezember.

Mit überaus großer Leidenschaft beschäftigt sich in den letzten Tagen die gesamte ägyptische Presse mit der allmählich den Charakter eines sogenannten Zwischenfalls annehmenden Angelegenheit von Tsana. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Schon seit längerer Zeit kursierten Gerüchte in Aegypten, wonach die abessynische Regierung mit amerikanischen Unterhändlern bezüglich Errichtung einer großen Stauanlage am Blauen Nil, dort, wo er aus dem Tsanasee tritt, verhandele. Es wurde sogar von erstaunlich gewaltigen Summen gesprochen, die, wenn sie vielleicht auch nicht die Millionenhöhe erreichen werden, in der sie die Phantasie sieht, dennoch immerhin die Kosten eines der größten Staudämme der Welt darstellen werden. Als nun plötzlich die Nachricht eintraf, daß der Vertreter der abessynischen Regierung, Dr. Martin, in Neuyork mit der J. G. Withe Engeneering Company abgeschlossen hätte, begann augenblicklich in der ägyptischen Presse eine Kampagne gegen die Regierung, der sträfliche Nachlässigkeit in dieser Angelegenheit, durch deren Abschluß sie überrascht worden sei, vorgeworfen wird. Seit 1902, heißt es, bemühen sich englische und amerikanische Kreise um die Erlangung der Tsanakonzession, immer und immer wurden die verschiedenen ägyptischen Regierungen auf die Sache aufmerksam gemacht und stets verschoben sie ihre Einflußnahme auf einen späteren Zeitpunkt, bis es nun zu spät wurde. Aegypten, wird argumentiert, hänge vom Wasserzufluß aus dem Blauen Nil, in hervorragendem Maße ab, und wo immer daher über Nilwasser verhandelt wird, müsse Aegypten mitsprechen. Sollte nun das Tsana-Projekt ohne Arrangement mit dem Nilkönigreich zur Tat werden, dann stehe Aegypten vor einer ernsten Lebensgefahr, da dieser Damm von Tsana ihm jederzeit den Nil absperren könne.

Die ägyptische Presse, wenn auch ein wenig übertrieben wird, hat nicht unrecht. Schon in den ältesten Zeiten haben aus der gleichen Argumentation Herrscher des Nillandes sich bemüht, den Tsanasee, der mit seinen etwa 4 Milliarden Kubikmeter Wasser, dieses Land tatsächlich zum größten Teil versorgt, selbst unter Kämpfen mit Abessynien in ihre Einflußsphäre zu bringen, bis es dem großen Chedive Ismanuel beinahe geglückt wäre. Unter diesem Aspekt muß natürlich der — wie es sich eben herausstellt, noch nicht unterzeichnete — Vertrag mit Amerika den Aegyptern als Verletzung ihrer tausendjährigen Rechte erscheinen.

Wenn nun auch der projektierte Vertrag dem englisch-abessynischen Abkommen vom 15. Mai 1902 widerspricht, demzufolge am Tsanasee keine Wassersperre ohne Einverständnis mit der britischen Regierung als Verwalterin des Sudan errichtet werden darf, hütete sich die ägyptische Presse natürlich, die Engländer gegen Abessynien auszuspielen, denn dies hieße, England als Herrn des Sudan anerkennen. So versucht man es mit verschiedenen Vorschlägen an die Adresse der abessynischen Regierung, das Geschäft mit einem anderen Staat zu machen, worunter u. a. Deutschland verstanden werden kann, doch lehnt dieselbe unter Begleitung einer sehr friedfertigen Verbeugung gegen Aegypten diese Vorschläge durch den Mund ihres Vertreters ab, der rundheraus erklärte: „Deutschland hält heute Frieden, in der Zukunft aber wird es den Kopf erheben und wird Kolonien bekommen wollen, wie vor dem Krieg. Und darum kann es uns gefährlich werden." ... Selbstverständlich hat die Angelegenheit auch in englischen Kreisen gewisse Nervosität erzeugt — die sehr kühle Verabschiedung des Ras Tafari anläßlich seines letzten Besuches in London war ein recht deutliches Vorzeichen dafür, — doch scheint für England noch nicht der richtige Zeitpunkt gekommen zu sein, mit seinen großen Trümpfen herauszurücken, denn hier handelt es sich ja als Spielpartner nicht um ein afrikanisches Königreich, sondern um die Vereinigten Staaten von Amerika. Und wenn auch der abessynische Vertreter eine Verbeugung vor England macht — was soll er anderes während seines Aufenthaltes in der englischen Hauptstadt tun? — in dem er sagt: „Wir bauen den Damm in erster Linie für die englische Regierung, die ihn für den Sudan braucht, doch werden wir diese Angelegenheit als erledigt betrachten, wenn sie sagt, daß sie ihn nicht will," ist die Sache doch ein Streitfall nicht zwischen Abessynien und Aegypten, sondern zwischen Manchester und Liverpool einerseits und Amerika andererseits. Natürlich erkennt dies Abessynien, so daß es verständlich ist, daß es Amerika die Konzession in erster Linie aus Furcht vor Englands Ambitionen im Lande des großen Menelik gibt. Aber auch Aegypten ist so weit im Bilde, daß die führende Zeitung „Balagh" schreiben kann: „Nun, da Amerika seine Hand im Geschäft hat, sollen wir davon Gebrauch machen. Warum dürfen wir nicht die Zeichen der Zeit verstehen, besonders da England auf unsere Lebensinteressen keine Rücksicht nimmt?"

Und diese Zeichen der Zeit sind tatsächlich nicht zu verkennen, denn nicht allein in der Tsana-Angelegenheit tritt Amerika nachdrücklich und sehr agil auf den Plan des Vorderen Orients, sondern gleichzeitig auch auf der Aegypten, resp. Abessynien gegenüberliegenden arabischen Seite des Roten Meeres. Es hat verstanden, in der Person seines jetzt zum Generalkonsul für ganz Arabien ernannten Vertreters Parl eine Persönlichkeit ausfindig zu machen, die es zu Wege gebracht hat, in ganz unglaublich kurzer Zeit die Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten zu Arabien ganz bedeutend zu heben. Das Zentrum dieser Bestrebungen ist eine mit dem respektablen Kapital von 30 Millionen Dollar gegründete amerikanische Handelsgesellschaft in Aden, die, nachdem sie in der abessynischen Hauptstadt und im yemenischen Hafen Hodeida Filialen errichtet hat, nun daran geht, solche auch im Hidjas und im Somaliland einzurichten. Diese Bemühungen der Union, die, ob beabsichtigt oder nicht, den britischen Handel empfindlich treffen müssen, geschehen unter den denkbar günstigsten Auspizien, denn Amerika ist das einzige Land, dem der in den letzten Jahren sehr mißtrauisch gewordene Orient mit offenen Herzen entgegenkommen zu können glaubt. Diese politisch günstige Situation nützt der amerikanische Vertreter natürlich bis zur Neige aus, indem er seine Verbindungen mit dem Imam Jahya von Yemen und mit dem Ras Tafari von Abessynien in der feierlichen und leicht glaubhaften Erklärung verankert, daß Amerika mit offenen Händen und in der guten Absicht, durch die Anbahnung von Handelsbeziehungen den Völkern des Ostens zu helfen nach dem Orient komme. Es ist klar, daß eine solche Versicherung die Staaten des Nahen Ostens bestechen muß und sehr geeignet ist, den britischen Einfluß zugunsten des Landes zu schädigen, dessen Vertreter die unbedingte Uninterssiertheit seines Staates an Kolonialabenteuern stets in den Vordergrund stellt.

Wie klar die Situation ist, mag man also nicht nur aus den Vorkehrungen der Union, sowohl im Yemen wie in Hidjas Konsulate zu errichten, erkennen, sondern auch aus ihrer offenkundigen Unterstützung der Withe-Gesellschaft einmal einen ganz überraschenden Nutzen ziehen können, der nicht zum kleinsten Teil auf politischem Gebiet liegt, wobei aber nicht vergessen werden möge, daß selbst bei größter politischer Uneigennützigkeit der Union gewisse Gefahren, die in der amerikanischen Mentalität begründet sind, sich für die Länder des Orients ergeben können, denn nicht jedes Volk verträgt den Amerikanismus ohne an seinem Herzen Schaden zu nehmen. C. G.

Europa im Jahre 1927

Das beste, was sich dem Jahre 1927 nachsagen läßt, ist, daß in ihm der europäische Friede keine Störung erfahren hat. An mehr als einer Stelle drohten Flammen auszubrechen, aber immer wieder gelang es, wenn nicht die Brandherde zu beseitigen, so doch die glimmenden Funken zu ersticken. Das Bedürfnis der Menschheit nach Ruhe ist zu groß und die Erinnerungen an die Schrecken des Weltkrieges sind noch zu frisch, als daß die Möglichkeiten friedlicher Lösung von Streitfragen außer acht gelassen werden könnten; außerdem hat der Völkerbund trotz all seiner Unvollkommenheiten ersprießliche Arbeit geleistet.

Eins der Gefahrenzentren war der Balkan. Hier sucht der italienische Imperialismus Fuß zu fassen und gerät dadurch in einen scharfen Gegensatz zu Jugoslawien. Er hat es verstanden, durch Verträge mit Albanien dieses Land, das selbst ein Mitglied des Völkerbundes ist, unter sein Protektorat zu bringen und so die Reibungsflächen mit Südslawien zu vermehren. Im Frühjahr kam es dann zu einem diplomatischen Zwischenfall zwischen der albanischen und der jugoslawischen Regierung, der eben wegen der Rückendeckung, die der albanische Diktator an Mussolini besaß, sehr bedenkliche Folgen hätte haben können, aber die Beruhigungs- und Vermittlungsbemühungen der Großmächte hatten den Erfolg, daß die sogenannten korrekten Beziehungen zwischen Belgrad und Tirana wieder hergestellt wurden, und daß sich so eine Explosion verhüten ließ, deren Wirkungen ganz Europa in Mitleidenschaft gezogen hätte. Man mag bedauern, daß der Völkerbund selbst, wie es eigentlich seine statutenmäßige Pflicht gewesen wäre, das heiße Eisen nicht angefaßt hat, aber mittelbar hat er allein durch die Tatsache seines Bestehens und durch den Zwang zu den regelmäßig wiederkehrenden persönlichen Aussprachen der Staatsmänner seinen Anteil an der einstweiligen Behebung der Gefahr.

In einem anderen Falle hat der Völkerbund direkt eingegriffen. Das Verhältnis zwischen Polen und Litauen hatte sich außerordentlich zugespitzt, u. es sah fast so aus, als ob man unmittelbar vor einem bewaffneten Zusammenstoß stehe. Auf dem Wege der Gewalt hat sich im Jahre 1920 Polen des Wilnagebietes bemächtigt, und seit der Zeit herrschte zwischen den beiden Staaten offiziell der Kriegszustand. Es gab und gibt bis heute keine diplomatischen Beziehungen, keinen legitimen Handel, keinen Postverkehr. Starke Differenzen wegen der Behandlung der beiderseitigen Minderheiten erschwerten die Lage und die Aufdeckung von Fäden, die von den vor der Tyrannei des Kownoer Diktators Woldemaras geflüchteten Litauern zu amtlichen polnischen Stellen hinüberführten, ließ im Spätherbst die Befürchtung wach werden, daß Pilsudski einen Handstreich gegen den Nachbarn plane. Der Völkerbundsrat hat im Dezember eine Formel gefunden, die wenigstens eine vorübergehende Beruhigung schafft, wenn sie auch leider den eigentlichen Streitgegenstand, nämlich das Wilnagebiet, unberührt läßt. Danach soll der formelle Friedenszustand allmählich wieder hergestellt werden, da Polen feierlich Eroberungsgelüste von sich gewiesen hat. An dieser Entscheidung war auch Deutschland, dessen Interesse dahin geht, eine völlige Umklammerung Ostpreußens durch Polen zu verhindern, lebhaft beteiligt, und die Zweite Internationale hat durch die Einberufung einer „Ostkonferenz" ebenfalls kriegsverhütend eingegriffen und sich dabei das Verdienst erworben, die über die Kompetenzen des Völkerbundes hinausgehende Feststellung zu machen, daß eine der wesentlichsten Voraussetzungen der Sicherung des Friedens in diesen Gebieten die Wiederherstellung der Demokratie in Litauen wie in Polen sein wird.

Noch weitere düstere Wolken zogen am europäischen Horizont infolge des englisch-russischen Gegensatzes herauf. In London war man im höchsten Maße beunruhigt durch die Unterstützung, die die Sowjets der nationalen und fremdenfeindlichen südchinesischen Revolution angedeihen ließen. Hinzu kam die nicht ganz unberechtigte, aber von den reaktionären Konservativen ins maßlose übertriebene Furcht vor der bolschewistischen Propaganda in England selbst. Nach einem ergebnislosen Notenwechsel wurde im Mai das Gebäude der russischen Handelsvertretung in London polizeilich gestürmt, und obwohl die Haussuchung offenbar keine besonders kompromittierenden Dokumente zutage förderte, folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Die Sorge erhob sich, daß es dabei nicht bleiben werde, zumal die Russen mit alarmierenden Demonstrationen und mit Terrorakten gegen die „Konterrevolutionäre", die nach ihrer Versicherung im Solde Englands standen, antworteten. Nach der von Moskau ausgegebenen und von den Kommunisten aller Länder wiederholten Parole war das Kabinett Baldwin darauf aus, eine europäische Koalition gegen Rußland zu schaffen, und der Völkerbund sollte nichts anderes sein als das Mittel zur Verwirklichung dieses Projektes. Mögen ähnliche Absichten vielleicht auf dem rechten Flügel der englischen Konservativen bestanden haben, die Regierung und vor allem der Außenminister Chamberlain teilten sie nicht. In Genf wurde die Frage von den Vertretern der verschiedenen Kabinette mehrfach eingehend besprochen, und es war ohne weiteres klar, daß selbst wenn England weitere Schritte auf dem betretenen Wege hätte machen wollen, die anderen Mächte ihm nicht zur Verfügung ständen. Namentlich Deutschland ließ keinen Zweifel über seine Ablehnung jeder Beteiligung an antirussischen Maßregeln, und diese Haltung wird von der russischen Regierung auch nach Gebühr geschätzt, obwohl sie ihre Trabanten nach wie vor das Gegenteil behaupten läßt. In Moskau weiß man sehr wohl, was man an der deutschen Freundschaft hat, und es wäre nur zu wünschen, daß die immer wiederkehrenden Versuche unterblieben, sie auf eine härtere Probe zu stellen, als sie um unserer eigenen Interessen willen ertragen kann.

Nur insofern fand das englische Beispiel eine gewisse Nachahmung, als Frankreich die Sowjets zur Abberufung ihres Pariser Botschafters, der sich durch die Unterzeichnung eines revolutionären Aufrufs in die inneren Angelegenheiten Frankreichs eingemischt hatte, erzwang. Aber es ist bezeichnend, daß Rußland diesen ihm angetanen Tort mit verhältnismäßig viel Gleichmut ertrug und das hing nicht nur mit der Zugehörigkeit Rakowskis zu der jetzt abgeurteilten Oppositionsgruppe zusammen, sondern zweifellos weit mehr noch mit der Erkenntnis der Unmöglichkeit eines entschiedeneren Auftretens. Man ist von der durch wirtschaftliche Rücksichten gebotenen Unumgänglichkeit erträglicher Beziehungen zu den kapitalistischen Westmächten überzeugt, und wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so war es der Eifer, mit dem sich Litwinow in Genf um eine persönliche Unterredung mit demselben Chamberlain bemühte, der den russischen Arbeitern als die Verkörperung aller kapitalistischen Niedertracht vorgeführt zu werden pflegt. Daß auch das vollständige Fiasko der bolschewistischen Agitation in Südchina den Wunsch der russischen Machthaber nach einer Verständigung mit dem Westen erhöht hat, versteht sich am Rande.

Auch in der Einstellung der Sowjets zum Völkerbund macht sich ein allmählicher Wandel bemerkbar. Zwar bezeichnen sich diese Organisation nach wie vor als den Hort aller Reaktion. Aber sie haben es doch für angebracht gehalten, sowohl an der Wirtschaftskonferenz im Mai, wie an der Sitzung der Abrüstungskommission im November teilzunehmen. Sie haben freilich bei beiden Gelegenheiten sich in der Hauptsache auf Demonstration und das, was sie Entlarvung nennen, beschränkt, aber es ist doch eine unverkennbare Annäherung, die sich von unserem Standpunkt aus nur begrüßen läßt. Natürlich würde allein durch die positive Mitwirkung Rußlands der Völkerbund noch nicht dem sozialistischen Ideal näher gebracht werden. Aber immerhin würde sie die Beseitigung eines der heute immer noch bestehenden Gefahrenfaktoren bedeuten.

Die allgemeine Tätigkeit des Völkerbundes im abgelaufenen Jahr kann hier nur ganz kurz berührt werden. Nach der negativen Seite hin ist festzustellen, daß er in der Frage der allgemeinen Rüstungseinschränkung kaum einen Schritt weiter gekommen ist. Nachdem die Arbeiten der Abrüstungskommission so gut wie ergebnislos geblieben waren, hat ihr die Völkerbundsversammlung im September einen neuen Antrieb zu geben gesucht und ihr außerdem einen anderen Ausschuß beigesellt, der das Problem der internationalen Sicherheit prüfen soll. Das kann eine Verschleppung bedeuten, braucht es aber nicht, wenn die Völker sich mehr als bisher der Angelegenheit bemächtigen und einen entsprechenden Druck auf ihre Regierungen ausüben. Unter allen Umständen bleibt natürlich die Verbesserung des Kriegsverhütungsrechts durch eine Verstärkung des Zwangs zu friedlichen Lösungen die wichtigste Aufgabe. Auf diesem Gebiete ist man 1927, wenn von einigen allgemeinen Deklarationen abgesehen wird, nicht weiter gekommen, und man wartet nun darauf, daß die bevorstehenden Wahlen in den verschiedenen europäischen Ländern andere und dem internationalen Fortschritt geneigtere Regierungen hervorbringen werden — nicht zuletzt auch in England.

Von diesen Wahlen wird in hohem Maße auch die außenpolitische Zukunft Deutschlands abhängen. Die Militärkontrollkommission ist am 31. Januar zurückgezogen worden. Die Besatzungstruppen wurden im Laufe des Jahres um rund 10 000 Mann verringert. Aber nach wie vor stehen im Rheinland die fremden Truppen. In erster Linie ist es französische Intransigenz, die die Räumung der besetzten Gebiete verhindert, aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Zugehörigkeit der Deutschnationalen zum deutschen Kabinett den widerstrebenden Elementen in Frankreich zum mindesten einen bequemen Vorwand bietet. Solange diese Partei einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung ausübt, ist an Räumung nicht zu denken und wird, um das nebenbei zu bemerken, auch die Revision der Dawesabkommen ein kaum lösbares Problem bleiben. Zum Glück sind durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages einige von den Hindernissen, die der Verständigung der beiden Länder im Wege lagen, ausgeräumt worden. Zum Glück sind auch die wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit Polen, nachdem sie im Februar von deutscher Seite recht leichtfertig abgebrochen waren, neuerdings mit günstiger Aussicht wieder aufgenommen worden. Werden sie zu gutem Ende geführt, so kann damit auch eine Basis für die so dringend erforderliche politische Entspannung zwischen den beiden Staaten geschaffen werden. Aber es ist und bleibt von der größten Wichtigkeit für die zukünftige Gestaltung der Dinge in Europa, für das Wirken des Völkerbundes und nicht zuletzt für die Stellung Deutschlands in der Welt, wie sich im Jahre 1928 die Wähler bei uns und in Frankreich, in Belgien und vielleicht auch in England entscheiden werden.

Das neue französische sozialistische Programm

Paris, Ende Dezember 1927.

Der außerordentliche Kongreß der französischen sozialistischen Partei zeigt äußerlich und innerlich die Spuren eines weiteren Anwachsens der Partei über ihren bisherigen Rahmen hinaus. In einer ungeheizten, riesigen Turnhalle — die Partei wollte die Mittel für die Heizung sparen — wird am ersten Tag über die Parteikasse und über den Stand der Pariser sozialistischen Zeitung „Populaire" gesprochen. In der Rechnungslegung des Parteivorstandes fällt vor allem auf, daß „für internationale Delegationen" — infolge des kommenden Brüsseler internationalen Sozialistenkongreß — im nächsten Jahre 20 000 Franken vorgesehen sind gegenüber 4000 Franken in diesem Jahre, und daß 140 000 Franken für Wahlzettelpropaganda für die kommenden Kammerwahlen angesetzt werden. Das Gesamtbudget von 875 000 Franken für das nächste Jahr bedeutet ebenfalls ein leichtes Ansteigen der Einnahmen und Ausgaben gegenüber 1927. Das Defizit, das der „Populaire" einstweilen noch erzeugt, und das innerhalb der letzten Monate von 300 000 auf 900 000 Franken hinaufgeschnellt ist, wird vielleicht durch eine Umlage von den 100 000 eingeschriebenen Mitgliedern der französischen sozialistischen Partei aufgebracht werden können, wobei allerdings in Betracht gezogen werden muß, daß dieses Opfer gerade in einer Zeit von den Parteimitgliedern gefordert werden wird, in der sie ohnehin für den Wahlkampf in eine erhöhte finanzielle Kampfbereitschaft einzutreten haben.

Die wichtigste Sitzung brachte der zweite Tag des Kongresses. Da wurde eben das Wahlprogramm der Partei entwickelt. Auf den Tag sind es 7 Jahre her, daß die Kommunisten auf dem Kongreß von Tours aus der sozialistischen Partei ausschieden. Dann war 1921 und 1922 eine schwere Periode des Wiederaufbaus der alten sozialistischen Partei gefolgt, und noch 1924, bei den letzten Kammerwahlen, hatte die Partei ein wenig unter den Nachwirkungen der Spaltung zu leiden. Heute ist dies endgültig überwunden, und die sozialistische Partei kann hemmungsfrei vor ihre Wähler treten. Das Programm wird in 7 Punkte eingeteilt werden: Französische Verfassung, Arbeiter- und Bauernfrage, Allgemeine Wirtschaftsorganisation, Finanzreform, Gesundheits- und Wohnungsprogramm, Nationalisation der Monopole und des Unterrichts, Rational Politik (die Militär- und Kolonialfrage spielen da hinein). Hierbei wünscht die französische sozialistische Partei die Abschaffung des französischen Senats, die Gleichheit der Geschlechter, einen obersten Wirtschaftsrat Annäherung an das Gewerkschaftsprogramm — wie es besonders die mächtige Nord-Federation der Partei wünscht —, ohne daß man sich dies direkt zu eigen macht, eine vernünftige Zollpolitik, Kontrolle der Betriebe und Kartelle (das deutsche Betriebsratssystem wird da von Leon Blum zugunsten einer unabhängigen, mit den Gewerkschaften zusammenarbeitenden Staatskontrolle zurückgestellt), Nationalisation der Bergwerke und Eisenbahnen, Monopole für Zucker, Petroleum und chemische Produkte, Beschränkung der Erbschaften nicht nur in der Größe des Vermögens, sondern auch in der Nachfolgemöglichkeit bei Erbschaften direkter Linie, mit Ausnahme von Erbschaften, die von der Arbeit untrennbar sind, Errichtung eines nationalen Woh-

rungsamtes, für das auch die von den Sozialisten geforderte Kapitalsabgabe zum Teil angewendet werden muß und schließlich eine Politik des Friedens, eine kräftige Aktion der Internationale und eine Politik des Friedens im Völkerbund.

Leon Blum, der Führer der französischen sozialistischen Partei, fügte einige Bemerkungen besonders über die Außenpolitik hinzu. Er wandte sich stark gegen die Ausbeutung der Kolonialvölker: Die Gesellschaften der Eingeborenen müssen schnellstens fähig gemacht werden, sich selbst zu regieren. Frankreich muß sogar die Mandate, die es schon hat, internationalisieren — ein kurzes Vorspiel für den Brüsseler Kongreß der Sozialistischen Internationale, auf dem vor allem die Kolonialfrage behandet werden wird.

Gerade in der Frage der Außenpolitik ist die Partei am wenigsten verschiedener Meinung. Man hat auf dem Kongreß hin und wieder darüber gesprochen, ob der Vertrag von Versailles ein Fortschritt oder eher ein Friedenshindernis sei. „Ich glaube nicht, daß Europas Zustand jetzt schlimmer ist als 1914. Denn schon Jaures sagte, daß kein Klassenkampf bei den Völkern möglich ist, die keine unabhängige Nationalität besitzen, meint Paul Boncour. Demgegenüber ist die Linke der sozialistischen Partei eher der Ansicht, daß leider „die Völker, die durch die Friedensverträge von 1919 befreit wurden, nun ihrerseits ihre eigenen nationalen Minderheiten am schärfsten unterdrücken".

Allerdings darf uns das nicht soweit führen, auf Grund dessen die Befreiung geknechteter Völker zu verwünschen, sondern nur dahin, den neuen Staaten einen Hauch von Demokratie zu bringen. Nachdem man über das Finanzprogramm trotz der gegenteiligen Erwartung aller Gegner der sozialistischen Partei eine wunderbare Einstimmigkeit auf dem Kongreß erzielt hat, wird für das außenpolitische Programm sicher auch die Masse der Delegierten stimmen, weil die gesamte französische sozialistische Partei, wie keine andere, für die Räumung vom Rheinland und vom Saargebiet eintritt und dies als ersten und wichtigsten und dringendsten Punkt auf ihr Wahlprogramm schreibt.

Kurt Lenz.

Der brave Soldat Schwejk spricht

Ueber militärische Weihnachtsfeiern.

„Weihnachten", erzählte Schwejk, „hab' ich beim Militär mehrfach gefeiert. Und es ist sehr erhebend gewesen. Das erstemal, wie ich noch Rekrut gewesen bin, hat es in der Früh geheißen: „Antreten zum Gottesdienst! Katholiken links raus, Protestanten rechts raus!" Bin ich allein in der Mitte stehen geblieben.

„Du, Idiot," hat mich mein Feldwebel angebrüllt, „du Schwein, willst du vielleicht nicht die Geburt deines göttlichen Erlösers feiern!" — „Melde gehorsamst, ich bin Dissident," hab' ich erwidert. — „So," hat er gefeixt, „dann kannst du mal während der Kirchzeit die Latrine fegen." — Hab' ich mich schnell unter die Protestanten gemischt und bin zur Kirche gegangen. Aber der Feldwebel hat einen Verdacht geschöpft und ist revidieren gekommen und hat gebrüllt wie ein Unsinniger: „Wo steckt das Schwein, der Schwejk?" — Wie er mich nachher hat gesehen, hat er mich angefahren: „Wo hast du Halunke dich rumgetrieben?" — „Melde gehorsamst, Herr Feldwebel," hab' ich gesagt, daß ich mich hab' im Gottesdienst rumgetrieben, vor Schreck bin ich protestantisch geworden; aber es ist ein Irrtum gewesen, denn vorher war ich Katholik. Aber sie haben auch bei den Protestanten eine sehr schöne Religion. Der Herr Pfarrer hat so angenehm, gesäuselt, während, daß unser Feldkurat immer laut gebrüllt hat, und man hat güt bei dem Herrn Pfarrer schlafen können."

Das andere Mal aber hab' ich die Predigt wohl gehört, denn das ist schon im Krieg gewesen, wie ich im Lazarett gelegen hab'. Da haben sie klugerweise die Bescherung gleich beim Gottesdienst mit aufgebaut, und wer nicht zum Gottesdienst gekommen ist, hat auch keine Bescherung gehabt und nichts von den Pulswärmern abbekommen, die der Vaterländische Frauenverein aus Wolle-Ersatz für die Schwerbeschädigten gestrickt hat. Es hat aber nicht gereicht auf die große Zahl, und so haben nur die bekommen, die armamputiert gewesen sind. Aber dafür haben die anderen jeder ein Taschentuch bekommen, mit dem Bildnis Seiner Majestät des Kaisers in der Mitte, und wenn man sich hineingeschneuzt hat, so ist es ihm im Schnurrbart hängengeblieben. Etlichen aber hat man „deutschen Heldenkanaster" beschert, und einer hat ihn noch beim Gottesdienst geschnupft und er hat sich sofort erbrechen müssen, grad wie der Lazarettinspektor dem Vaterländischen Frauenverein gedankt hat, für seine warmherzigen Spenden. Später haben wir den Kanaster auf die Fußböden in unseren Zimmern gestreut, und er ist gut gewesen gegen das viele Ungeziefer, das es im Lazarett hat gegeben. Am Schluß aber sind Damen herumgegangen mit schwarz-weiß-roten Schärpen und haben jedem noch eine Ansichtskarte geschenkt, darauf hat ein Gedicht gestanden von dem großen vaterländischen Dichter Paul Warncke und es hat angefangen:

Mein deutsches Volk, beachte dies,
Was ich dir sagen möchte:
Der Gott, der Eisen wachsen ließ,
Der wollte keine Knechte.
Doch hat er's Eisen gut versteckt
In Longwy—Briey's Spalten
Da haben wir es nun entdeckt,
Das müssen wir behalten.

Und wir haben also gewußt, daß wir bis zum siegreichen Ende ausharren müssen, damit daß der Paul Warncke das Eiserne kriegt, und er hat es sich wohl verdient, denn er ist hübsch daheimgeblieben und hat Gedichte gemacht auf den Heldentod der anderen. Aber zu mir hat eine feine Dame gesagt, und sie hat gelächelt, daß ihr fast die falschen Zähne ausgefallen sind: „Ihr lieben Feldgrauen, dies Gedicht bekommt ihr für den Wein, der leider nur für die Herren Offiziere gereicht hat."

Aber der Pastor hat sehr schön gepredigt und er hat gesagt: „Ihr Lieben, nehmet euch ein Beispiel an der Flamme der Weihnachtskerze. Zum Ersten, sehet, wie die Flamme stets nach oben zeiget, so soll der Soldat stets nach oben blicken und Vertrauen haben zu seinem Vorgesetzten. Zum Zweiten aber nehmet euch ein Beispiel an der Flamme der Weihnachtskerze..."

Und wie er das gesprochen hat, ist ein Unglück geschehen. Es hat nämlich eine Kerzenflamme nach oben geleckt und eine von den schönen Papiergirlanden angezündet, die die Damen vom Vaterländischen Frauenverein für unseren Weihnachtsbaum aus schwarz-weiß-rotem Glanzpapier geschnitten hatten.

Und im Nu hat der ganze Baum in Flammen gestanden, und die Damen vom Vaterländischen Frauenverein haben geschrien und sind in Ohnmacht gefallen und der Herr Pfarrer hat totenbleich gestanden und nur geröchelt. Wie aber der Brand ist gelöscht worden, ist der Herr Pfarrer noch ganz verwirrt gewesen und hat gestammelt: „Wo war ich doch stehengeblieben?" Bin ich vorgetreten, hab' salutiert und gesagt: „Melde gehorsamst, Herr Pfarrer, daß wir Soldaten uns werden ein Beispiel nehmen, an dem, was Kerzenflamme gemacht gemacht hat!"

Jonathan.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten 15.30. Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Montag, den 2. Januar 1928: 16—17.30: Serenaden und Suiten. — 17.30: Hans Bredow-Schule, Abt. Literatur. — 18: Elternstunde. — 18.50—19.20: Das große Mißverständnis der Eleganz. — 19.35—20: Blick in die Zeit. — 20—21: Kammerkonzert — 21—22: Der Dichter als Stimme der Zeit. — Anschließend: Die Abendberichte und Berichte des Deutschen Landwirtschaftsverbandes.

Dienstag, 3. Januar 1928. 15.45—16.30: Kinderstunde. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18: Was man sammelt und sammeln könnte. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19—19.30: Hans Bredow-Schule, Abt. Geschichte. — 19.30—20: Die Uebersicht, Berichte über Kunst und Literatur. — 20.15: Uebertragung aus Gleiwitz: Ouvertüren. Anschließend Die Abendberichte und Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens e. V.

Kattowitz — Welle 422

Dienstag. 16.20: Berichte. 16.40: Polnischer Unterricht. 17.05: Berichte. 17.20: Geschichtsstunde. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.35: Vortrag. 20.30: Uebertragung aus Warschau. 22.30: Konzert.

Posen — Welle 280,4.

Dienstag. 12.45: Schallplattenkonzert. 17.20: Vortrag. 17.45: Konzert. 19: Verschiedenes. 19.10: Englischer Unterricht. 19.35: Vortrag. 20.30: Konzert.

Krakau — Welle 422.

Dienstag. 11.40: Wie vor. 17.20: Vortrag. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 18.55: Nachrichten. 20.30. Uebertragung aus Warschau. 22.30: Konzert.

Warschau — Welle 1111.

Dienstag. 11.40: Verschiedene Berichte. 16: Vorträge. 17.45: Kammermusik. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.35: Vortrag. 20.30: Leichte Abendmusik. 22.30: Tanzmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Graz 357,1 — Klagenfurt 272.7 — Innsbruck 294,1 (versuchsw.).

Dienstag. 11: Vormittagsmusik. 16.15: Nachmittagskonzert. 17.40: Die Entwicklung der Oper. 18.10: Die Wiener Messe. 18.30: Stunde der Kammern für Arbeiter und Angestellte. 19.30: Uebertragung aus dem Musikvereinssaal.

Wilna — Welle 435

Dienstag. 17.20: Vortrag. 17.45: Konzert. 19.10: Vorträge. 20.20: Uebertragung aus Warschau.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Nikolai. Zwecks Umtausch der Bücher werden die Genossen ersucht, dieselben am 4. Januar, von 7—8 Uhr nachm. im Vereinslokale (Ciossek) beim Bibliothekar abzugeben.

Versammlungskalender

Generalversammlungen des Maschinisten- u. Heizerverbandes

Bismarckhütte, 6. Januar, vormittags 10 Uhr.
Kattowitz, 8. Januar, vormittags 9½ Uhr.
Königshütte, 15. Januar, vormittags 9½ Uhr.
Lipine, 17. Januar, abends 7½ Uhr.
Laurahütte, 22. Januar, vormittags 10 Uhr.
Schwientochlowitz, 29. Januar, abends 10 Uhr.

Die Versammlungen finden durchweg in den bisher benutzten Lokalen statt.

Zalenze. Bergarbeiter. Am 6. Januar (Fest der hl. drei Könige) findet bei Golczyk, vormittags 9½ Uhr, eine Mitgliederversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Die Mitgliedschaft wird gebeten, vollzählig und pünktlich zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten an der Tagesordnung sind. Referenten: Kam. Ritzmann und Genosse Helmrich. Nach der Versammlung findet eine Sitzung der Vorstandsmitglieder der Zahlstelle Zalenze statt. Daher werden die Vorstandsmitglieder gebeten, an erster Stelle zu erscheinen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice. Kościuszki 29.